

GEWALTENTEILUNG IM DEUTSCHEN GRUNDGESETZ – EIN VORBILD FÜR VIETNAM

Dr. Nguyễn Minh Tuấn

Juristische Fakultät, Vietnam Nationaluniversität, Hanoi

Gewaltenteilung ist ein Kennzeichen jedes modernen freiheitlichen Staates und ein sinnvolles Prinzip zur Machtbeschränkung des Staates und der Erweiterung der Freiheit des Bürgers.¹ Durch Arbeitsteilung und Spezialisierung der Gewalten können *staatliche Aufgaben möglichst wirkungsvoll erfüllt* werden.²

Im Rahmen dieser Arbeit untersuche ich *die Gewaltenteilung im deutschen Grundgesetz sowie das Prinzip des demokratischen Zentralismus in den Vietnamesischen Verfassungen*. Der Zweck dieser Arbeit ist herauszufinden, was die wichtigsten Erkenntnisse bei der Untersuchung der Gewaltenteilung im deutschen Grundgesetz und des Prinzips des demokratischen Zentralismus in Vietnam sind und welche Elemente der deutschen Gewaltenteilung für eine Übernahme in der Vietnamesischen Verfassung in Betracht kommen können. In Vietnam gibt es derzeit nur eine Partei – die Kommunistische Partei Vietnams. Diese Partei ist kein Staatsorgan, aber die Entscheidungsgewalt liegt de facto in ihrer Hand. Für die Änderung der Verfassung 1992 (voraussichtlich Ende 2013) ist es m.E. sehr wichtig zu untersuchen, welche Bedeutung der Gewaltenteilung zukommt, damit die Kontrolle von Macht und der Schutz des Bürgers vor staatlicher Willkür garantiert werden können.

A. Ideengeschichte der Gewaltenteilung und die Gewaltenteilung im deutschen Grundgesetz

I. Ideengeschichte der Gewaltenteilung

Schon in der Antike entwickelte Aristoteles (384–322 v. Chr.) Gedanken zu einer ersten Form der Gewaltenteilung. Die grundlegende These von Aristoteles besagt, dass nicht die Teilung der Staatsgewalt, sondern die Existenz *dreier Gruppen von Aufgaben* als ein gemeinsames Merkmal aller Staatsordnungen anzusehen ist. Er schreibt: „*Es gibt in jeder Verfassung drei Teile [...], [von denen] das eine die über öffentliche Angelegenheiten beratende Gewalt, das zweite die regierende Gewalt, das dritte endlich die richterliche Gewalt [ist].*“³

Die Gewaltenteilung im modernen Sinne ist v.a. auf die Lehre von *John Locke* (1632–1704) und *Charles de Secondat Baron de Montesquieu* (1689–1755) zurückzuführen,⁴ deren Naturrechtslehre (des 17. und 18. Jh.) sich als Reaktion auf die absolute monarchische Herrschaft (Absolutismus) in Europa (insb. Ludwig XIV.)⁵ entwickelte.

Der englische Philosoph *John Locke* hatte in seinem Werk „*Two Treatises of Government*“ („Zwei Abhandlungen über die Regierung“, 1690) ein „Prinzip der Gewaltenteilung“ formuliert. *Locke* fordert die Aufteilung der Staatsgewalt, v.a. *die gesetzgebende Gewalt (Legislative)* und *die voll-*

¹ *Wank*, Gewaltenteilung, Jura 1991, S. 628.

² *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 925.

³ *Aristoteles*, Politik, Ausgabe 1994, S. 207.

⁴ Die Lehren von *Locke* (1632–1704) und *Montesquieu* (1689–1755) sind grds. anders als die Lehren von *Jean Bodin* (1530–1596) (*Les six livres de la Republique*, 1576) und *Thomas Hobbes* (1588–1679) (*Leviathan*, 1651) über den absolutistischen Staat (Gewaltenmonismus) – eine Reaktion gegen die Gewaltentersplitterung des 16. Jh.; vgl. *Weber-Fas*, Freiheit durch Gewaltenteilung – Montesquieu und der moderne Verfassungsstaat, JuS 2005, S. 882 f.; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 932 f.

⁵ Vgl. *Weber-Fas*, Freiheit durch Gewaltenteilung – Montesquieu und der moderne Verfassungsstaat, JuS 2005, S. 882.

ziehende Gewalt (*Exekutive*) zur Sicherung von Gleichheit und Freiheit, die nach Locke bereits im ursprünglichen Naturzustand bestehen.⁶

Für Locke ist die Legislative *die erste politische Gewalt*.⁷ Er betont, dass die Legislative keine absolute und willkürliche Gewalt sei.⁸ Er schreibt: „Die Legislative [...] ist nicht eine absolute, willkürliche Gewalt über Leben und Schicksal des Volkes [...]“.“⁹ Die exekutive Gewalt ist für Locke *die zweite politische Gewalt*. Er ist der Auffassung, dass die Gewalt, Gesetze zu erlassen und die Gewalt, Gesetze auszuführen, auf keinen Fall in einer Hand liegen dürfen, da die Gefahr des Missbrauchs zu groß wäre. Deswegen sollte nach seiner Auffassung die legislative und die exekutive Gewalt getrennt werden.¹⁰ Die „*dritte Gewalt*“ ist *die föderative Gewalt* (Federative Power), die die Außenpolitik (auswärtige Gewalt) betrifft. Locke erklärt: „Dies enthält deshalb die Gewalt über Krieg und Frieden, über Bündnisse und all die Abmachungen mit allen Personen und Gemeinschaften außerhalb des Staates, und man kann, wenn man will, von einer föderativen Gewalt sprechen.“¹¹ In der Regel hat die Exekutive die *föderative Gewalt* inne.¹² Als „*vierte Gewalt*“ führt Locke die *Prärogative* (Prerogative) an. Die Prärogative ist die Gewalt für all die „Dinge, für die das Gesetz keinerlei Vorsorge treffen kann.“¹³ Locke nennt die *Prärogative* die „Macht, ohne Vorschrift des Gesetzes zu handeln, zuweilen sogar gegen das Gesetz, nach eigener Entscheidung für das öffentliche Wohl zu handeln.“¹⁴

Im Ergebnis hat Locke bloß eine Teilung der Gewalt in *Legislative und Exekutive*. Die *Föderative* wie auch die *Prärogative* sind Gewalten, die der Träger der Exekutive ausüben muss. Von einer getrennten gerichtlichen Gewalt hat Locke nicht gesprochen.

Die klassische Dreiteilung der Staatsgewalt in *Legislative, Exekutive und Judikative* wurde von dem französischen Schriftsteller *Montesquieu* (1689–1755) in seinem Werk *De l'esprit des lois* (Vom Geist der Gesetze, 1748) entwickelt.¹⁵

Für *Montesquieu* ist es eine geschichtliche Tatsache, dass *Menschen zum Machtmissbrauch* neigen. Der Zweckgedanke der Gewaltenteilung ist deshalb die Vermeidung von Machtmissbrauch und damit als Grundlage von Freiheit und Sicherheit geschaffen werden. Er hatte Menschen „mit *Machtstreben vor Augen*“, als er die Sätze formulierte: „*Politische Freiheit findet sich nur in gemäßigten Regierungsformen. Aber sie ist nicht immer in den gemäßigten Staaten vorhanden. Sie findet sich dort nur dann, wenn man die Macht nicht missbraucht; aber es ist eine ewige Erfahrung, dass jeder, der Macht hat, ihrem Missbrauch geeignet ist: er geht so weit, bis er auf Schranken stößt. So unwahrscheinlich es klingt: selbst die Tugend bedarf der Begrenzung.*“¹⁶

Das sechste Kapitel dieses Buches beginnt mit dem berühmt gewordenen Satz: „*In jedem Staat gibt es drei Arten von Gewalt: die gesetzgebende Gewalt, die vollziehende Gewalt in Ansehung*

⁶ Vgl. *Walter*, Locke zur Einführung, 1996, S. 97 f.

⁷ Er schreibt: „*So ist das erste und grundlegende positive Gesetz aller Staaten die Begründung der legislativen Gewalt.*“ (Siehe *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 134, S. 283).

⁸ Vgl. *Walter*, Locke zur Einführung, 1996, S. 99 f.

⁹ *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 135, S. 284.

¹⁰ Er schreibt: „*Bei der Schwäche der menschlichen Natur, die stets bereit ist, nach der Macht zu greifen, würde es jedoch eine zu große Versuchung sein, wenn dieselben Personen, die die Macht haben, Gesetze zu geben, auch noch die Macht in die Hände bekämen, diese Gesetze zu vollstrecken.*“ (Siehe *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 144, S. 291 f.)

¹¹ *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 146, S. 292.

¹² Er schreibt: „*Die exekutive und föderative Gewalt können doch kaum getrennt und gleichzeitig in die Hände verschiedener Personen gelegt werden.*“; vgl. *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 148, S. 293.

¹³ *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 159, S. 301.

¹⁴ *Locke*, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Ausgabe (7. Aufl.) 1998, § 160, S. 302.

¹⁵ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 938.

¹⁶ *Montesquieu*, Vom Geist der Gesetze, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 4, S. 213.

der Angelegenheiten, die Völkerrechte abhängen [Exekutive] und die vollziehende Gewalt hinsichtlich der Angelegenheiten, die vom bürgerlichen Recht abhängen [Judikative].“¹⁷

Montesquieu versteht unter Dreiteilung der Gewalten nicht nur eine Verteilung der Staatsgewalt selbst, sondern z.T. auch personelle Gewaltenteilung. Er erklärt: „Wenn in derselben Person oder der gleichen obrigkeitlichen Körperschaft die gesetzgebende Gewalt mit der vollziehenden vereinigt ist, gibt es keine Freiheit; denn es steht zu befürchten, dass derselbe Monarch oder derselbe Senat tyrannische Gesetze macht, um sie tyrannisch zu vollziehen.“¹⁸

Es kann also nach Montesquieu keine Freiheit geben, wenn die richterliche Gewalt von der gesetzgebenden und der vollziehenden nicht getrennt ist.¹⁹

Die vollziehende Gewalt liegt nach Montesquieu am besten in der Hand eines Monarchen, weil dieser Teil der Staatsgewalt oft sofortige Handeln erfordert.²⁰ Die Legislative sollte nach seiner Auffassung bei der *Volksvertretung* sowie bei der *Vertretung des Adels* liegen.²¹

Die Theorie Montesquieus der Dreiteilung, der gegenseitigen Kontrollen und des Zusammenwirkens der Staatsgewalt um der Freiheit willen zu sichern und die Willkür zu verhindern, ist bis in die Gegenwart grundlegend geblieben.²²

II. Gewaltenteilung im deutschen Grundgesetz

Die Gewaltenteilung ist ein *tragendes Organisations- und Funktionsprinzip* des Grundgesetzes.²³ Das Grundgesetz fordert keine „absolute Trennung“, sondern „die gegenseitige Kontrolle, Hemmung und Mäßigung der Gewalten“.²⁴ Die Gewaltenteilung ist in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG²⁵ sowie auch in Art. 1 Abs. 3 GG²⁶ normiert, aber es gibt im Grundgesetz keine eigenen Definitionen für die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt sowie die Rechtsprechung.

1. Gewaltenteilung nach Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG

Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG lautet: „*Sie [Alle Staatsgewalt] wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.*“ Nach dieser Vorschrift wird die Staatsgewalt durch „*besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung*“ ausgeübt.

¹⁷ Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 214.

¹⁸ Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 215.

¹⁹ Er betont: „*Es gibt ferner keine Freiheit, wenn die richterliche Gewalt nicht von der gesetzgebenden und vollziehenden getrennt ist. Ist sie mit der gesetzgebenden Gewalt verbunden, so wäre die Macht über Leben und Freiheit der Bürger willkürlich, weil der Richter Gesetzgeber wäre. Wäre sie mit der vollziehenden Gewalt verknüpft, so würde der Richter die Macht eines Unterdrückers haben. Alles wäre verloren, wenn derselbe Mensch oder die gleiche Körperschaft der Großen, des Adels oder des Volkes diese drei Gewalten ausüben würde: die Macht, Gesetze zu geben, die öffentlichen Beschlüsse zu vollstrecken und die Verbrechen oder die Streitsachen der einzelnen zu richten.* Siehe Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 215.

²⁰ Er schreibt: „*Die vollziehende Gewalt muss in den Händen eines Monarchen liegen. Denn dieser Teil der Regierung, der fast immer der augenblicklichen Handlung bedarf, ist besser durch einen als durch mehrere verwaltet.*“ (Siehe Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 221).

²¹ Er schreibt: „*[...] So wird die gesetzgebende Gewalt sowohl der Körperschaft des Adels wie der gewählten Körperschaft, welche das Volk repräsentiert, anvertraut sein. Beide werden ihre Versammlungen und Beratungen getrennt führen, mit gesonderten Ansichten und Interessen.*“ (Siehe Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze*, Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 220).

²² Vgl. F. Ossenbühl, *Aktuelle Probleme der Gewaltenteilung*, DÖV 1980, S. 546.

²³ „*Die in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG normierte Teilung der Gewalten ist für das Grundgesetz ein tragendes Organisations- und Funktionsprinzip*“ (Siehe: BVerfG, Urteil vom 18. Dezember 1953, BVerfGE 3, 225 [247]).

²⁴ BVerfG, Beschluss vom 17. Juli 1996, BVerfGE 95, 1 (15).

²⁵ Art. 20 Abs. 3 GG lautet: „*Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.*“

²⁶ Art. 1 Abs. 3 GG lautet: „*Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.*“

Das Grundgesetz gebietet in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG die Errichtung „*besonderer*“ Organe, also „*voneinander, gesonderter*“²⁷ Organe, um die sachlichen Funktionen der drei Gewalten erfüllen zu können. Organe sind damit *Organe im juristischen Sinn* gemeint, die sich auszeichnen „*durch ihre organisatorische Verselbständigung zur Wahrnehmung einer jeweils spezifischen Aufgabe und ihre Unabhängigkeit vom Wechsel ihrer (Amts-) Inhaber (Organ Walter)*“.²⁸ Sie besitzen keine Rechtsfähigkeit (rechtliche Selbständigkeit); vielmehr berechtigen und verpflichten sie *den Rechtsträger* (die juristische Person), dem sie angehören (also z.B. den Bund oder ein Land).²⁹

a. Die Gesetzgebung

Gesetzgebung (Gesetzgebende Gewalt/Legislative) ist nach Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG neben vollziehender Gewalt und Rechtsprechung ein Teil der Staatsgewalt.

Die Legislative wird insb. durch *die Parlamente* wahrgenommen (Bundestag, Landtage)³⁰ und erfüllt die Normierung der Rechtsordnung, die für Bürger und Behörden ein *Sollen* (eine dauerhafte Regelung des Zusammenlebens in Bezug auf *künftige* Sachverhalte)³¹ enthalten.

b. Die vollziehende Gewalt

Die vollziehende Gewalt (Exekutive) stellt gemäß Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG nach der gesetzgebenden und vor der rechtsprechenden Gewalt, die sog. „*zweite*“ *Staatsgewalt* dar.³²

Die Exekutive zeichnet sich durch „*ein breit gefächertes Aufgabenfeld und durch differenzierte Strukturen sowie vielfältige Organisationsformen*“³³ aus; daher ist eine aussagekräftige positive Begriffsbestimmung bislang nicht recht gelungen. Stattdessen verwendet man eine *Negativdefinition*³⁴, wonach man unter der Exekutive *alle Staatsgewalt, die nicht Gesetzgebung und nicht Rechtsprechung ist*, versteht.³⁵

Die Arbeit der vollziehenden Gewalt liegt *in der Gegenwart*.³⁶ Die vollziehende Gewalt erfüllt die Funktionen von *Regierung* (staatsleitende politische Programmierung und Gesetzesvorbereitung als besondere Staatsfunktion) und *Verwaltung* (individualisierender Vollzug der Gesetze).³⁷ Beim Erlass von Rechtsverordnungen gemäß Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG³⁸ hat die Bundesregierung in der parlamentarischen Demokratie von der Ermächtigung des Parlaments auch z.T. „*Gesetzgebungskompetenz*“.

c. Judikative

Die Rechtsprechung (Judikative) gehört zur *Rechtspflege*³⁹ und ist nach Art. 92 GG⁴⁰ im Rahmen der Gerichtsbarkeit den Richtern anvertraut. Sie kontrolliert die Verfassungsmäßigkeit

²⁷ Vgl. *Jarass/Pieroth*, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland – Kommentar, 11. Aufl., 2011, Art. 20, Rn. 24 f.; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 916.

²⁸ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 950.

²⁹ Nach der Auffassung von *Gröpl* und u.a. seien Staatsorgane Organe des Staates (Bund oder Land), nicht Organe sonstiger juristischer Personen (z.B. der Bürgermeister einer Gemeinde); vgl. *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 951 f.

³⁰ *Ipsen*, Staatsrecht I, 23. Aufl., 2011, Rn. 756.

³¹ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 946.

³² *Ipsen*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 7. Aufl. 2011, Rn. 46 ff.; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 1360.

³³ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 1360; *Degenhart*, Staatsrecht I, 27. Aufl., 2011, Rn. 282.

³⁴ *Degenhart*, Staatsrecht I, 27. Aufl., 2011, Rn. 282; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 1360.

³⁵ *Creifelds*, Rechtswörterbuch, 19. Aufl., 2007, S. 1327; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 1360 f.; *Degenhart*, Staatsrecht I, 27. Aufl., 2011, Rn. 282.

³⁶ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 947.

³⁷ *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 918, Rn. 947; *Ipsen*, Staatsrecht I, 23. Aufl., 2011, Rn. 757.

³⁸ Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG lautet: „*Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen.*“.

³⁹ *Degenhart*, Staatsrecht I, 27. Aufl., 2011, Rn. 284.

(Art. 100 GG) und die korrekte Anwendung der Gesetze (Art. 93 u.a.m.) und trifft verbindliche Entscheidungen über *vergangene Sachverhalte*.⁴¹

2. Horizontale und vertikale Gewaltenteilung

a. Horizontale Gewaltenteilung

Horizontale (rechtsstaatliche) Gewaltenteilung meint die klassische dreigliedrige Gewaltenteilung in Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (vollziehende Gewalt) und Judikative (rechtsprechende Gewalt).⁴² Sie ist im Grundgesetz in Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG u.a.m. verankert. Die drei Gewalten stehen grdsl. *gleichrangig* nebeneinander, es besteht kein Verhältnis der Über-Unterordnung.⁴³

Es ergibt sich folgendes Schaubild:

Legislative insb. Parlament	Exekutive		Judikative Rechtsprechung
	Regierung (Gubernative)	Verwaltung (Administrative)	
<i>Dynamische Elemente, starker politischer Einfluss</i>		<i>Statische Elemente</i>	

b. Vertikale Gewaltenteilung

In Deutschland existiert außer der klassischen dreigliedrigen Gewaltenteilung zusätzlich die *vertikale (bundesstaatliche) Gewaltenteilung*⁴⁴ in Art. 30 ff., 70 ff. GG u.a.m., also die Aufteilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern (mit Kommunen). Sie ergibt sich aus der *Bundesstaatlichkeit*⁴⁵ gem. Art. 20 Abs. 1 GG.⁴⁶

3. Funktionelle, organisatorische und personelle Gewaltenteilung

a. Funktionelle Gewaltenteilung

Funktionelle Gewaltenteilung meint die *Unterteilung der Gewalten nach ihren Aufgaben*, also die Unterteilung in gesetzgebende, vollziehende und rechtsprechende Gewalt (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG).⁴⁷

b. Organisatorische Gewaltenteilung

Organisatorische Gewaltenteilung meint die Einrichtung von *gesonderten* Organen, die die Aufgaben der drei Gewalten (Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG) wahrnehmen sollen, z.B. Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung, Bundesverfassungsgericht usw.⁴⁸ Hinzu kommt, dass Staatsorgane i.d.R. nicht einheitlich nur einer Funktion zugeordnet sind. So werden wie etwa die legislativen Aufgaben zwar in erster Linie vom Bundestag wahrgenommen (Art. 77 Abs. 1 Satz 1 GG), am Gesetzgebungs-

⁴⁰ Art. 92 GG lautet: „Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetze vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.“

⁴¹ Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 948; Degenhart, Staatsrecht I, 27. Aufl., 2011, Rn. 284.

⁴² Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 942.

⁴³ Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 942.

⁴⁴ Die Vertikale Gewaltenteilung werde ich nicht in dieser Workshop-arbeit vertiefen.

⁴⁵ Art. 20 Abs. 1 GG lautet: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

⁴⁶ R. Wank, Gewaltenteilung, Jura 1991, S. 624; Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 942 ff.

⁴⁷ Vgl. Jarass, Politik und Bürokratie als Elemente der Gewaltenteilung, 1975, S. 5 f.

⁴⁸ Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 946 ff.; Jarass, Politik und Bürokratie als Elemente der Gewaltenteilung, 1975, S. 13.

verfahren sind jedoch *auch Bundesrat und Bundesregierung* beteiligt. Exekutive Funktionen erfüllt v.a. die Bundesregierung, z.T. aber *auch der Bundespräsident*.⁴⁹

c. Personelle Gewaltenteilung

Neben der funktionalen und der organisatorischen Gewaltenteilung, gibt es noch die *personelle Gewaltenteilung*.⁵⁰ Danach dürfen die *Organwalter* (also die Personen, die die Funktionen ausüben, die den Organen zugewiesen sind) grds. nicht zugleich einem anderen Organ angehören.⁵¹ Nach Art. 94 Abs. 1 Satz 3 GG⁵² dürfen die Richter des Bundesverfassungsgerichts weder dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören. Für die Richter aller anderen Gerichte ist ähnliches einfachgesetzlich bestimmt, und zwar durch § 4 des Deutschen Richtergesetzes (DRiG).⁵³

Im Bereich von Legislative und Exekutive besteht die *Inkompatibilität* von (exekutivem) Amt und (Abgeordneten) Mandat. Verfassungsrechtliche Regelungen hierzu finden sich in Art. 55⁵⁴ und Art. 137 Abs. 1 GG.⁵⁵

4. Die Gewaltenverschränkung und die Ausprägungen der Gewaltenteilung

Der Zweck der Gewaltenteilung liegt darin, Staatsgewalt zu begrenzen und zu kontrollieren (checks and balances) und somit einem Machtmissbrauch entgegenzutreten. Im Grundgesetz existiert auch diese solche *Gewaltenverschränkung*, durch die *ein wirkungsvolles System von „checks and balances“* entsteht, bspw. bei der Abhängigkeit der Bundesregierung von der Mehrheit im Bundestag (Art. 63, 67, 68 GG)⁵⁶ sowie beim Gesetzgebungsverfahren (Art. 76 ff. GG).

Neben der *Gewaltenverschränkung* bestehen auch im Grundgesetz die anderen *Ausprägungen der Gewaltenteilung*, z.B. das Mehrparteiensystem (Art. 21 GG), die Kompetenzen des Bundesrats und Verwaltung in Gesetzgebung (Art. 50 ff., 77, 80 Abs. 2, 3 GG), der Wettbewerb von Parlamentsmehrheit (Art. 42 Abs. 2, Art. 63, 67, 68 GG) und Parlamentsminderheit, die Verfassungsgerichtbarkeit in der Kontrolle von Gesetzen und Verfassungsorganen (Art. 93, 94 GG), Einfluss der Medien (Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG) und von Versammlungen (Art. 8 GG) usw.⁵⁷

⁴⁹ Gröpl, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 953 ff.

⁵⁰ Siehe schon *Montesquieu*, Vom Geist der Gesetze Bd. 1, Ausgabe (2. Aufl.) 1992, Buch XI, Kap. 6, S. 215.

⁵¹ *Battis/Gusy*, Einführung in das Staatsrecht, 5. Aufl., 2011, Rn. 238 f.; *Ipsen*, Staatsrecht I Staatsorganisationsrecht, 23. Aufl., 2011, Rn. 760; *Gröpl*, Staatsrecht I, 3. Aufl., 2011, Rn. 955 ff.

⁵² Art. 94 Abs. 1 Satz 3 GG lautet: „*Sie [die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes] dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.*“

⁵³ Nach § 4 Abs. 1 des Deutschen Richtergesetzes (Datum des Gesetzes: 8. September 1961, Fundstelle: BGBl. I S. 1665, Inkrafttreten am: 1. Juli 1962) darf ein Richter Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der gesetzgebenden oder der vollziehenden Gewalt *nicht zugleich* wahrnehmen.

⁵⁴ Art. 55 GG lautet: „(1) *Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören.* (2) *Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrate eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.*“

⁵⁵ Art. 137 Abs. 1 GG lautet: „*Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bund, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.*“

⁵⁶ Zum Beispiel: Der Bundeskanzler ist vom Vertrauen des Parlaments abhängig. Er kann durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden (vgl. Art. 63, 67 GG).

⁵⁷ Siehe *R. Wank*, Gewaltenteilung, Jura 1991, S. 627 f.; *Battis/Gusy*, Einführung in das Staatsrecht, 5. Aufl., 2011, Rn. 242 f.

B. Gewaltenteilung in der Vietnamesischen Verfassung 1946 und das Prinzip des demokratischen Zentralismus in den Vietnamesischen Verfassungen 1959, 1980, 1992

I. Die Verfassung 1946 und Elemente der Gewaltenteilung

Am Anfang des 20. Jh. gab es viele Reformer z.B. Phan Boi Chau (1867–1940), Phan Chu Trinh (1872–1962), Phan Van Truong (1876–1933), Nguyen Van Vinh (1882–1990), Ho Chi Minh (1890–1969), Nguyen An Ninh (1900–1943), Phan Anh (1912–1990), Pham Quynh (1892–1945), Bui Quang Chieu (1872–1945), die eine neue Verfassung für Vietnam gefordert haben.⁵⁸ Diese Reformer diskutierten viel über Themen wie „Demokratie“, „Gewaltenteilung“ und „Regierungssystem“.⁵⁹ Viele neue Abhandlungen in Bezug auf die Verfassung wie z.B. *Phan Chau Trinh*, Demokratie für Vietnam (1925), *Phan Boi Chau*, Vietnam – ein neues Land (1907); *Nguyen An Ninh*, *Phan Van Truong*, Zivilisation in Europa (1928), *Ho Chi Minh*, Forderung einer demokratischen Verfassung für Vietnam (1922), *Phan Anh*, Präsidiale Republik, (1942) usw. wurden publiziert.⁶⁰

Nach der Augustrevolution 1945 proklamierte *Ho Chi Minh* am 2. September 1945 die Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Vietnam. Die erste Nationalversammlung (1946–1960), die am 6. Januar 1946 gewählt wurde, bestand aus 403 Abgeordneten (190 davon waren Mitglieder der kommunistischen Partei, 70 Mitglieder der anderen Parteien – Viet Quoc und Viet Cach, 143 keine Mitglieder der Parteien).⁶¹ Um die Unabhängigkeit des Landes zu bestätigen, wurde die erste Vietnamesische Verfassung⁶² am 9. November 1946 durch die Nationalversammlung verabschiedet. Diese trat aber wegen des Krieges mit Frankreich (1946–1954) nicht in Kraft.⁶³

Viele Rechtswissenschaftler sind der Auffassung, dass die Verfassung 1946 die Machtkonzentration als das Grundprinzip der Staatsorganisation hat, weil der Staatspräsident⁶⁴ vom Parlament gewählt wurde (Art. 45 Satz 1 VV 1946).⁶⁵ Meiner Meinung nach hatte diese Verfassung aber auch Elemente der rechtsstaatlichen Gewaltenteilung, denn sie hat z.T. die Dreiteilung der staatlichen

⁵⁸ Trần Văn Giàu, Entwicklung der Theorien in Vietnam seit dem 19. Jahrhundert bis zur Augustrevolution, Bd. 2, Hanoi, 1973, S. 26.

⁵⁹ In dieser Zeit wurden auch die Abhandlungen „*De l'esprit des lois*“ (Vom Geist der Gesetze, *Montesquieu*) und „*Du contrat social ou principes du droit politique*“ (Vom Gesellschaftsvertrag oder Prinzipien des politischen Rechtes, *Rousseau*) ins Vietnamesische mit dem Titel „*Van phap tinh ly*“ und „*Xa uoc*“ übersetzt. (Siehe: *Phan Đăng Thanh*, Gedanken über die Verfassung in Vietnam am Anfang des 20. Jahrhunderts, Hanoi, 2006, S. 7ff.).

⁶⁰ *Phan Dang Thanh*, Gedanken über Verfassung in Vietnam am Anfang des 20. Jahrhunderts [Tu tuong lap hien Vietnam nua dau the ky 20], Hanoi, 2006, 2006, S. 7ff.

⁶¹ Die Vietnamesische Nationalversammlung, Geschichte der Vietnamesischen Nationalversammlung, 2005, Bd. 1, S. 26 f.

⁶² Nach der Entscheidung Nr. 34/SL-1945 am 20. September 1945 (Keine amtliche Fundstelle vorhanden; abgedruckt aber in: *Die Vietnamesische Nationalversammlung*, Geschichte der Vietnamesischen Nationalversammlung, 2005, Bd. 1, S. 468 f.) sind die Väter der Verfassung 1946 Ho Chi Minh (1890–1969), Vinh Thuy (1913–1997), Dang Thai Mai (1902–1984), Vu Ngoc Khanh (1912–1996), Le Van Hien (1904–1997), Nguyen Luong Bang (1904–1979), Dang Xuan Khu (1907–1988). Sie sind Mitglieder der unterschiedlichen Parteien.

⁶³ Keine amtliche Fundstelle vorhanden; abgedruckt aber in: Nationalversammlung, Vietnamesische Verfassung (Textsammlung), Hanoi, 2001, S. 5 ff.

⁶⁴ Nach der Vietnamesischen Verfassung 1946 war der Präsident nicht nur Staatsoberhaupt (Art. 49 lit. a VV 1946), sondern auch Vorsitzender der Regierung (Art. 44 VV 1946).

⁶⁵ Zum Beispiel etwa *Nguyễn Thị Hường*, Die Verfassung 1946: die positiven und negativen Aspekte, Tạp chí Tia sáng, veröffentlicht am 12. Dezember 2011, um 3:41 Uhr, abrufbar unter:

<http://tiasang.com.vn/Default.aspx?tabid=116&News=4708&CategoryID=42>, abgerufen am 18. Dezember 2011; *anders Nguyễn Minh Tuấn*, Die Verfassung 1946: Die Mäßigung und das Gleichgewicht der Staatsgewalt, Tạp chí Tia sáng, veröffentlicht am 14. Dezember 2011, um 8:17 Uhr, abrufbar unter:

<http://tiasang.com.vn/Default.aspx?tabid=116&CategoryID=42&News=4720>, abgerufen am 19. Dezember 2011; *Phạm Hồng Thái*, Volksmacht und Staatsgewalt in den Vietnamesischen Verfassungen, Dai hoc Quoc gia Ha noi, Nr. 25/2009, S. 1 f.

Funktionen, die Mäßigung der Staatsgewalt sowie das Gleichgewicht der Gewalten (checks and balances) ausgedrückt.⁶⁶

Das Parlament besaß *die legislative Gewalt* (Art. 23 VV 1946); die Regierung war das *höchste Verwaltungsorgan* des Landes – *die exekutive Gewalt* (Art. 43 VV 1946) und die Gerichte besaß *die judikative Gewalt* (Art. 63 VV 1946). Das Parlament wählte den Staatspräsidenten (Art. 45 Satz 1 VV 1946), aber dieser besaß *Immunität* außer bei einer besonders schweren Straftat (Art. 50 VV 1946). Das heißt, der Staatspräsident war grds. dem Parlament nicht verantwortlich. Nach der Verfassung 1946 war der Staatspräsident nicht nur Staatsoberhaupt (Art. 49 lit. a VV 1946), sondern auch Vorsitzender der Regierung (Art. 44 VV 1946). Die Richter werden von der Regierung berufen (Art. 64 VV 1946), aber bei der Rechtsprechung sind Richter frei von Weisungen von anderen Staatsorganen und nur dem Gesetz unterworfen (Art. 69 VV 1946).

Das Vetorecht des Staatspräsidenten: Der Staatspräsident hat das Vetorecht, also das Recht auf aufschiebende Wirkung. Gemäß Art. 31 VV verliert dieses Vetorecht seine Wirkung, wenn das Parlament über das ursprüngliche Gesetz, eventuell mit einer qualifizierten Mehrheit, abstimmt.

Das Misstrauensvotum: Das Kabinett kann sein Vertrauen des Parlaments verlieren: Nach Art. 54 Satz 4 VV 1946 kann das Parlament dem Kabinett das Misstrauen aussprechen, das dann zurücktreten muss. Außerdem kann jeder Minister sein Vertrauen durch das Parlament verlieren. Danach muss er auch zurücktreten (Art. 54 Satz 1 VV 1946).

Die Auflösung des Parlaments: Das Parlament kann sich selbst auflösen, wenn zwei Drittel der Abgeordneten zustimmen (Art. 33 VV 1946).

Maßgebliche Steuerung des gesamten Gesetzgebungsprozesses durch die Regierung von der Initiative bis zur Ausführung: Die Regierung initiiert Gesetze (Art. 52 lit. b VV 1946) und vollzieht die Gesetze sowie Parlamentsbeschlüsse (Art. 52 lit. a VV 1946).

Darüber hinaus legt die Verfassung auch die anderen Vorschriften fest, die die Mäßigung der Staatsgewalt ausdrücken. Verfassungsrechtliche Regelungen finden sich in Art. 40 VV 1946 (freies Mandat der Abgeordneten), in Art. 69 VV 1946 (die Unabhängigkeit der Richter, Freiheit von Weisungen), sowie in Art. 47 VV 1946 (Die Abgeordneten dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der Regierung sein).

II. Gründe für den Erlass der Verfassungen 1959, 1980 und 1992

Aus politischem Grund wurde die bereits 1946 beschlossene Verfassung nach dem Krieg (gegen Frankreich) nicht anerkannt und vollzogen. Die Präambel der Verfassung 1959 lautet: „*Die Verfassung 1946 ist fertig mit ihren Aufgaben. Wir brauchen eine neue Verfassung zum Aufbau des Sozialismus.*“⁶⁷ Die Frage, warum die Verfassung 1946 – die wegen des Krieges nicht in Kraft trat – „*fertig mit ihren Aufgaben*“ sein konnte, bleibt noch unerklärt und verborgen.⁶⁸

Die Vietnamesische Verfassung 1959⁶⁹ war *die der Übergangsperiode zum Aufbau des Sozialismus im Norden von Vietnam*. In der Präambel der Verfassung 1959 wird die einzigartige Führungsrolle der Kommunistischen Partei⁷⁰ u.a. mit der Schlacht von Dien Bien Phu 1954 begründet.⁷¹ Seit

⁶⁶ Vgl. Nguyễn Minh Tuấn, Die Verfassung 1946: Die Mäßigung und das Gleichgewicht der Staatsgewalt, Tạp chí Tia sáng, veröffentlicht am 14. Dezember 2011, um 8:17 Uhr, abrufbar unter: <http://tiasang.com.vn/Default.aspx?tabid=116&CategoryID=42&News=4720>, abgerufen am 19. Dezember 2011.

⁶⁷ Wortlaut der Präambel der Verfassung 1959: „*Hiến pháp năm 1946 đã hoàn thành sứ mệnh lịch sử. Chúng ta cần có một Hiến pháp mới để xây dựng chủ nghĩa xã hội.*“

⁶⁸ Nguyễn Đăng Dung, Vietnamesisches Staatsrecht, 2006, Kap. IV, S. 60.

⁶⁹ Die Vietnamesische Verfassung 1959, Datum der Verfassung: 31. Dezember 1959, Fundstelle: VGBl. Nr. 1/1960 S. 1 f., Inkrafttreten: 16. Januar 1960 bis 19. Dezember 1980.

⁷⁰ Seit 1951 nach der Selbstauflösung der anderen Parteien (Viet Quoc und Viet Cach) existiert in Vietnam eine einzige Partei - die Vietnamesische Kommunistische Partei (KPV) (Siehe Nguyễn Đăng Dung, Vietnamesisches Staatsrecht, 2006, Kap. IV, S. 61).

dieser Verfassung existierten die *Vorschriften bezüglich der Mäßigung der Staatsgewalt sowie das Gleichgewicht der Gewalten in der Verfassung 1946*⁷² nicht mehr.

Die Vietnamesische Verfassung 1980⁷³ war die der *Übergangsperiode zum Aufbau des Sozialismus des ganzen Landes nach der Wiedervereinigung*. Sie war „eine Kopie“⁷⁴ des Verfassungsmodells der UdSSR von 1977.⁷⁵ Die heute noch geltende Verfassung 1992⁷⁶ ist die der „*Reformation*“ (so genannte „Doi Moi“). Die Präambel dieser Verfassung stellt sich inhaltlich in „*das helle Licht des Marxismus-Leninismus*“ sowie „*der Lehre Ho Chi Minhs*“ und sieht das Land weiterhin in einer Übergangsperiode zum Sozialismus.⁷⁷

III. „Demokratischer Zentralismus“ statt „Gewaltenteilung“ in den Vietnamesischen Verfassungen 1959, 1980, 1992

Die Vietnamesischen Verfassungen 1959, 1980 und 1992 folgen mehr oder weniger dem Verfassungsmodell der Sowjetunion, v.a. dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus.⁷⁸ Ho Chi Minh⁷⁹ war der Auffassung, dass es des „*demokratischen Zentralismus*“ –ein von Marx und Engels begründetes und von Lenin entwickeltes Grundprinzip der Organisation und Leitung der kommunistischen

⁷¹ Die Präambel der Verfassung 1959 lautet: „*Seit 1930 führte unser Volk unter der Leitung der vom Präsidenten Ho Chi Minh gegründeten und gestählten Kommunistischen Partei Vietnams einen langen und opferreichen revolutionären Kampf und vollendete die Augustrevolution siegreich. Am 2. September 1945 verlas der Präsident Ho Chi Minh die Unabhängigkeitserklärung. Damit war die Demokratische Republik Vietnam geboren. [...] Im Anschluss daran hat unser Volk mit all seinen Nationalitäten einen unaufhörlichen Kampf geführt, darin tatkräftig unterstützt von Freunden der sozialistischen Länder; es hat großartige Siege, so in der Schlacht von Dien Bien Phu errungen*“.

⁷² Zum Beispiel: die Immunität der Staatspräsidenten (Art. 50 VV 1946), das Vetorecht des Staatspräsidenten (Art. 31 VV 1946), das Misstrauensvotum (Art. 54 Satz 4 VV 1946), die Auflösung des Parlaments (Art. 33 VV 1946), das freie Mandat der Abgeordneten (Art. 40 VV 1946), die Freiheit von Weisungen der Richter (Art. 69 VV 1946), sowie die Inkompatibilität der Mitglieder der Regierung (Art. 47 VV 1946) u.s.w.

⁷³ Die Vietnamesische Verfassung 1980, Datum der Verfassung: 18. Dezember 1980, Fundstelle: VGBl. Nr. 21/1980 S. 2 f., Inkrafttreten: 19. Dezember 1980 bis 18. April 1992.

⁷⁴ Phạm Hồng Thái, *Volksmacht und Staatsmacht in der Vietnamesischen Verfassungen*, Đại học Quốc gia Hà nội, Nr. 25/2009, S. 3 f.

⁷⁵ Die Präambel der Verfassung 1980 lautet: „*Am 2. Juli 1976 beschloss die Nationalversammlung des wiedervereinigten Vietnam, sich den Namen Sozialistische Republik Vietnam zu geben; das ganze Land trat nun in die Übergangsperiode zum Aufbau des Sozialismus ein, unternahm alle Anstrengungen, das Land aufzubauen, das Vaterland standhaft zu verteidigen und gleichzeitig seinen internationalen Pflichten nachzukommen*.“

⁷⁶ Die Vietnamesische Verfassung 1992, Datum der Verfassung: 15. April 1992, Fundstelle: VGBl. Nr. 8/1992 S. 3 f., Inkrafttreten: 18. April 1992. Sie gliedert sich in 12 Teile: Kapitel I: Das politische System (Art. 1–14), Kapitel II: Das ökonomische System (Art. 15–29); Kapitel III: Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technologie (Art. 30–43); Kapitel IV: Verteidigung (Art. 44–48); Kapitel V: Grundrechte und –pflichten der Bürger (Art. 49–82); Kapitel VI: Die Nationalversammlung (Art. 83–100); Kapitel VII: Der Staatspräsident (Art. 101–108); Kapitel VIII: Die Regierung (Art. 109–117); Kapitel IX: Volksräte und Volkskomitees (Art. 118–125); Kapitel X: Volksgericht und Staatsanwaltschaft (Art. 126–140); Kapitel XI: Staatsflagge, -wappen, Nationalhymne, Hauptstadt, Nationalfeiertag (Art. 141–145); Kapitel XII: Geltung und Änderung der Verfassung (Art. 146–147).

⁷⁷ Die Präambel der Verfassung 1992 lautet: „*Von 1986, als der Prozess der allseitigen Erneuerung durch den VI. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnam eingeleitet wurde, bis heute wurden bereits erste wichtige Erfolge auf diesem Weg erzielt. [...] Unter dem hellen Licht des Marxismus-Leninismus, der Lehre Ho Chi Minhs und bei Umsetzung des Programms zum Aufbau des Landes in der Übergangsperiode zum Sozialismus beschloss die Nationalversammlung, die Verfassung vom Jahre 1980 zu überarbeiten, um den Anforderungen der neuen Lage und den neuen Aufgaben gerecht zu werden*.“

⁷⁸ Nguyễn Đăng Dung, *Vietnamesisches Staatsrecht*, 2006, Kap. IV, S. 56 f.; Phạm Hồng Thái, *Volksmacht und Staatsgewalt in der Vietnamesischen Verfassungen*, Đại học Quốc gia Hà nội, Nr. 25/2009, S. 3 f.

⁷⁹ Nach dem Krieg gegen Frankreich (1946–1954) hat Hồ Chí Minh – ein der Väter der Verfassung 1946 – die Unterstützung von „*Freunden der sozialistischen Länder*“ betont. Seine Auffassung über die Verfassung hat sich viel geändert. (Siehe Nguyễn Đăng Dung, *Vietnamesisches Staatsrecht*, 2006, Kap. IV, S. 65 f.).

tischen Partei⁸⁰ – bedurfte, damit die Macht in den Händen der Arbeiterklasse liege. Er schreibt: „Das Prinzip des demokratischen Zentralismus bedeutet kollektive Führung und individuelle Verantwortlichkeit. Die Partei sowie alle staatlichen Organe müssen nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert und ausgeübt werden.“⁸¹ Dazu äußert er: „Nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus werden die Nationalversammlung und Volksräte demokratisch von unten nach oben gewählt. Daneben sind alle gewählten Organe zur regelmäßigen Rechenschaftslegung über ihre Tätigkeit vor den Organen verpflichtet, durch die sie gewählt wurden. Der Vorteil dieses Prinzips ist v.a. die Einheitsbildung der Staatsgewalt für einen solchen Staat wie Vietnam, um den Frieden zu sichern.“⁸²

Vietnam hat das das Prinzip des demokratischen Zentralismus aus den Verfassungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) 1936⁸³, 1977⁸⁴ übernommen.⁸⁵ Dieses Prinzip wird in Art. 4 VV 1959, Art. 6 VV 1980 und Art. 6 VV 1992 festgelegt. Art. 6 VV 1992 lautet: „Das Volk übt die Staatsgewalt durch die Nationalversammlung und die Volksräte aus. Diese Organe vertreten den Willen, die Wünsche und Erwartungen des Volkes, werden durch das Volk gewählt und sind ihm verantwortlich. Die Nationalversammlung, die Volksräte und alle anderen staatlichen Organe sind nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert und arbeiten nach diesem Prinzip.“

IV. „Demokratischer Zentralismus“ in der Staatsorganisation der Verfassung 1992

Art. 83 VV legt fest, dass die Nationalversammlung die höchste gewählte Körperschaft des Volkes und das höchste staatliche Machtorgan der Sozialistischen Republik Vietnam ist.⁸⁶ Diese Vorschrift zeigt ein Übergewicht der Nationalversammlung über die anderen Gewalten und drückt die Konzentration staatlicher Macht in der Nationalversammlung nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Staatsorganisation (Art. 6 VV 1992) aus.

Gemäß Art. 88 VV 1992 müssen Gesetze und Beschlüsse der Nationalversammlung bei der Abstimmung durch mehr als die Hälfte aller Abgeordneten der Nationalversammlung gebilligt werden. Ausgenommen sind die Fälle, in denen die Nationalversammlung Abgeordnete abberuft (Art. 7⁸⁷, Art. 85⁸⁸ sowie Art. 147⁸⁹ VV 1992), in denen mindestens zwei Drittel aller Abgeordneten der Nationalversammlung in der Abstimmung zustimmen müssen.

⁸⁰ Siehe W.I. Lenin, Werksammlung, Bd. 25, 2000, S. 443; Ho Chi Minh, Werksammlung, Bd. 5, 2000, S. 501 f.

⁸¹ Hồ Chí Minh, Werksammlung, Bd. 5, 2000, S. 505.

⁸² Hồ Chí Minh, Werksammlung, 2000, Bd. 5, S. 553.

⁸³ Hồ Chí Minh, Werksammlung, 2000, Bd. 5, S. 673.

⁸⁴ Zum Beispiel: Art. 3 der Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) 1977 lautet: „Organisation und Tätigkeit des Sowjetstaates auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus beruhen: der Wählbarkeit aller Organe der Staatsmacht von unten nach oben, ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk, der Verbindlichkeit der Beschlüsse der übergeordneten für die nachgeordneten Organe. Der demokratische Zentralismus verbindet die einheitliche Leitung mit der Initiative und schöpferischen Aktivität im örtlichen Bereich, mit der Verantwortung jedes Staatsorgans und jedes Staatsfunktionärs für die übertragene Aufgabe. (Siehe Meisser, Die neue Bundesverfassung der UdSSR, in: Gerhard Leibholz (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 27, 1978, S. 432).

⁸⁵ Phạm Hồng Thái, Volksmacht und Staatsmacht in der Vietnamesischen Verfassungen, Đại học Quốc gia Hà nội, Nr. 25/2009, S. 1 f.

⁸⁶ Art. 83 VV 1992 lautet: „Die Nationalversammlung ist die höchste gewählte Körperschaft des Volkes und das höchste staatliche Machtorgan der Sozialistischen Republik Vietnam. Sie ist das einzige Organ, das verfassungs- und gesetzgebende Kompetenzen hat. Sie entscheidet die grundlegende Innen- und Außenpolitik, die sozio-ökonomischen Aufgaben, die wesentlichen Grundsätze für die Organisation und die Tätigkeit der Staatsgewalt und hat die Kompetenz der obersten staatlichen Kontrolle.“

⁸⁷ Art. 7 VV 1992 lautet: „Die Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung und der Volksräte erfolgt nach dem Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl. Ein Abgeordneter der Nationalversammlung

Innerhalb der Nationalversammlung existiert gemäß Art. 90 f. VV 1992 ein Komitee (das so genannte ständige Komitee der Nationalversammlung), das von der Nationalversammlung nach Art. 84 Abs. 7 VV 1992 gewählt wird.⁹⁰

Der Staatspräsident,⁹¹ der Premierminister⁹², der Vorsitzende des obersten Volksgerichtes⁹³ und der Vorsitzende der obersten Staatsanwaltschaft⁹⁴ werden nach Art. 84 Abs. 7 VV 1992 von der Nationalversammlung gewählt.

Der Staatspräsident wird von der Nationalversammlung aus den Reihen der Abgeordneten gewählt (Art. 102 Satz 1 VV 1992). Er ist der Nationalversammlung für seine Arbeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig (Art. 102 Satz 2 VV 1992).

Die Nationalversammlung hat das Recht [...] den Ministerpräsidenten der Regierung, [...] zu wählen (Art. 84 Abs. 7 VV 1992). Der Ministerpräsident der Regierung ist der Nationalversammlung verantwortlich und dieser, ihrem Ständigen Komitee und dem Staatspräsidenten rechenschaftspflichtig (Art. 110 VV 1992).

Die vietnamesische Regierung⁹⁵ ist nach Art. 109 Satz 1 VV 1992 *das Exekutivorgan der Nationalversammlung und hat die höchste administrative Funktion des Staates inne*. Alle wichtigen Probleme, die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung gehören, müssen gemäß Art. 115 VV 1992 *kollektiv diskutiert und durch Mehrheitsbeschluss entschieden* werden. Die Kompetenzen von Regierung und Premierminister⁹⁶ werden in Kapitel VIII (Art. 109–117 VV 1992) bestimmt.

Der Vorsitzende des obersten Volksgerichts ist gemäß Art. 135 Satz 1 VV 1992 der Nationalversammlung für seine Tätigkeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig. In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, ist er gemäß Art. 135 Satz 2 VV 1992 dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung und dem Staatspräsidenten verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Nach Art. 135 Satz 3 VV 1992 sind die Vorsitzenden der regionalen Volksgerichte für ihre Tätigkeit den Volksräten verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Gemäß Art. 130 VV sind die Richter unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Das Volksgericht übt gemäß Art. 131 Satz 2 VV 1992 die Rechtsprechung *im Kollektiv aus und entscheidet nach dem Mehrheitsprinzip*.

kann durch die Wähler der Nationalversammlung, ein Abgeordneter der Volksräte durch die Wähler der Volksräte abberufen werden, wenn er sich des Vertrauens des Volkes nicht mehr würdig erweist.“

⁸⁸ Art. 85 Satz 4 VV 1992 lautet: „Unter besonderen Umständen, wenn mindestens zwei Drittel aller Abgeordneten der Nationalversammlung zustimmen, kann die Nationalversammlung eine Verkürzung oder Verlängerung ihrer Amtszeit beschließen.“

⁸⁹ Art. 147 VV 1992 lautet: „Nur die Nationalversammlung hat das Recht, die Verfassung zu ändern. Die Änderung der Verfassung bedarf der Zustimmung von mindestens zwei Dritteln aller Abgeordneten der Nationalversammlung.“ In der Verfassung 1946 hat die Nationalversammlung gemäß Art. 70 VV 1946 kein Recht, die Verfassung zu ändern, sondern die verfassungsgebende Komitee und das Volk durch eine Volksabstimmung.

⁹⁰ Es ist kein Fachausschuss, sondern ein Organteil der Nationalversammlung, der zwischen den Tagungen der Nationalversammlung die Aufgaben nach seinen Zuständigkeiten in Art. 91 VV 1992 erfüllt. Das ständige Komitee der Nationalversammlung hat gemäß Art. 91 Abs. 4 VV 1992 sogar legislative Zuständigkeit (Gesetzgebungskompetenz), die den Rang zwischen einer Rechtsverordnung der Regierung und einem formalen Gesetz der Nationalversammlung besitzt.

⁹¹ Zu Aufgaben des Staatspräsidenten vgl. Art. 101 VV 1992.

⁹² Zu Aufgaben des Premierministers vgl. Art. 114 VV 1992.

⁹³ Zu Aufgaben der Vorsitzende des Obersten Volksgerichtes vgl. Art. 135 VV.

⁹⁴ Gemäß Art. 137 VV 1992 übt die Generalstaatsanwaltschaft (so genannt „*Viện Kiểm sát tối cao*“) die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze und nimmt das Recht der Anklage wahr und überwacht die Judikative. Was die „*judikative Überwachung*“ bedeutet, ist derzeit gesetzlich unklar und sehr umstritten. Dazu etwa vgl. *Nguyễn Minh Doan*, Die Reform der Judikative in Vietnam, *Toa an nhan dan*, Nr. 14 (7/2009), S. 14 ff.; *Nguyễn Đăng Dung*, Die Reform der Judikative in der Staatsorganisation, *Đại học Quốc gia Hà noi*, Jura, Nr. 25 (2009), S. 140.

⁹⁵ In der Vietnamesischen Verfassung benutzt der Gesetzgeber nicht solche Begriffe wie Legislative, Exekutive oder Judikative. Theoretisch untergliedert die vietnamesische vollziehende Gewalt (die Exekutive) sich – anders als in Deutschland – nicht in Regierung (Gubernative) und Verwaltung (Administrative). (vgl. etwa *Nguyễn Đăng Dung*, Die Reform der Judikative in der Staatsorganisation, *Đại học Quốc gia Hà nội*, Nr. 25 (2009), S. 140.

⁹⁶ Zu Aufgaben des Premierministers, vgl. Art. 114 VV.

Der Generalstaatsanwalt ist gemäß Art. 139 VV 1992 der Nationalversammlung verantwortlich und rechenschaftspflichtig. In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, ist er dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung verantwortlich und rechenschaftspflichtig. Die leitenden Staatsanwälte der regionalen Staatsanwaltschaften sind gemäß Art. 140 VV 1992 den Volksräten verantwortlich und berichtspflichtig zur Situation der Einhaltung der Gesetze in der Region, und sie müssen Anfragen der Abgeordneten der Volksräte beantworten.

Nach Art. 119 VV 1992 sind *die Volksräte* das von der Bevölkerung der Region gewählte staatliche Machtorgan auf regionaler Ebene und Repräsentanten des Willens, der Hoffnung und des Rechts des Volkes auf Teilnahme an der Machtausübung. Sie sind der Bevölkerung des Territoriums und den staatlichen Organen der übergeordneten Ebene verantwortlich.

Die von den Volksräten gewählten *Volkskomitees* sind gemäß Art. 123 VV 1992 ausführende Organe der Volksräte und staatliche Verwaltungsorgane auf regionaler Ebene; sie tragen die Verantwortung für die Verwirklichung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse der staatlichen Organe der übergeordneten Ebene und der Beschlüsse der Volksräte.

Zusammenfassend ist zu sagen, das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Verfassung 1992 bedeutet *die Konzentration staatlicher Macht in der Nationalversammlung sowie in den Volksräten* („Zentralismus“) (Siehe Art. 83 f., 119 f. VV 1992) und *die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluss* („demokratisch“) (Siehe Art. 88, 115 VV 1992). In der Verfassung 1992 gab es z.T. *eine Funktionsteilung* (Funktionen der Gesetzgebung [Art. 83 VV 1992], Verwaltung [Art. 109 VV 1992], Rechtsprechung [Art. 130 VV 1992]), aber kein System von *organisatorischer* sowie *personeller Gewaltenteilung* im Vergleich zu Deutschland. Ein Verbot der *Inkompatibilität* gab es in der Verfassung 1946 (Art. 47 VV 1946), aber nicht in der Verfassung 1992.

V. Die führende Rolle der Kommunistischen Partei Vietnams

Die Kommunistische Partei Vietnams (KPV) beansprucht in ihrer Rolle als „*Avantgarde der Arbeiterklasse*“ und als „*ergebnster Interessenvertreter der Arbeiterklasse*“ nach wie vor, die führende Kraft in Staat und Gesellschaft zu sein. Art. 4 VV 1992⁹⁷ legt *die führende Rolle der KPV* fest. Diese Vorschrift wurde aus Art. 6 der Verfassung der UdSSR 1977⁹⁸ übernommen.

In der Praxis werden Legislative, Exekutive und Judikative weiterhin von der KPV-Führung kontrolliert, ohne dass es dafür eine Rechtsgrundlage gäbe. § 2 Abs. 1 der Rahmenregelungen der kommunistischen Partei Vietnams (so genannt „*Điều lệ Đảng cộng sản Việt Nam*“), welche am 25. April 2006 in Kraft getreten sind, lautet: „*Die Mitglieder müssen die Zielsetzungen der Partei absolut respektieren und übernehmen*“.

De Jure ist die Nationalversammlung das höchste und das Volk repräsentierende Staatsorgan. *De facto* ist jedoch die KPV *die Inhaberin der politischen Macht*, weil die Wahlen (der Nationalversammlung sowie der Volksräte auf allen Ebenen) von der KPV dominiert und gelenkt werden.⁹⁹ Die

⁹⁷ Art. 4 VV 1992 lautet: „*Die Kommunistische Partei Vietnams, die Avantgarde der Arbeiterklasse und ergebenste Interessenvertreterin der Arbeiterklasse, der Werktätigen und des ganzen Volkes, ist, basierend auf dem Marxismus-Leninismus und der Lehre Ho Chi Minhs, die führende Kraft des Staates und der Gesellschaft. Jede Struktureinheit der Partei handelt im Rahmen der Verfassung und der Gesetze*“.

⁹⁸ Art. 6 der Verfassung der UdSSR 1977 lautet: „*Die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen Organe und gesellschaftlichen Organisationen ist die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU). Die KPdSU ist für das Volk da und dient dem Volk. Mit der marxistisch-leninistischen Lehre ausgerüstet, legt die Kommunistische Partei die Grundrichtung der gesellschaftlichen Entwicklung, die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest, leitet sie die große schöpferische Tätigkeit des Sowjetvolkes und verleiht seinem Kampf für den Sieg des Kommunismus planmäßigen, wissenschaftlich begründeten Charakter. Alle Parteiorganisationen wirken im Rahmen der Verfassung der UdSSR*“ (Siehe: Meisser, Die neue Bundesverfassung der UdSSR, in: Gerhard Leibholz (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Bd. 27, 1978, S. 432.

⁹⁹ J. Wischermann, Vietnam vor dem 11. Parteitag: Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation, zur Debatte, Heft 7/2010, S. 38; W. Frehner, Vietnam: Politische Rahmenbedingungen, Konrad-Adenauer-Stiftung, 2006, S. 9.

KPV schlägt die Kandidaten für die Nationalversammlung sowie Volksräte vor und lässt sie dann bei dieser Wahl vom Wähler – die Bürger, die ab dem vollendeten 18. Lebensjahr das Recht zu wählen sind (Art. 54 VV 1992¹⁰⁰) – bestätigen.

Die Abgeordnete haben nach der Verfassung 1992 *kein freies Mandat* (im Sinne des Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG).¹⁰¹ Momentan gibt es 493 Abgeordnete in der Vietnamesischen Nationalversammlung. Davon sind über 90 % Mitglieder der kommunistischen Partei.¹⁰² Deshalb wird die Nationalversammlung auch zum größten Teil durch die Partei gesteuert.

C. Zusammenfassung

Die wichtigsten Erkenntnisse bei der Untersuchung der Ideengeschichte der Gewaltenteilung, der Gewaltenteilung in Deutschland und des Prinzips der demokratischen Zentralismus in Vietnam sind folgende:

- Die grundlegende These der Existenz *dreier Gruppen von Aufgaben* ist schon in der Antike von Aristoteles (384–322 v. Chr.) anzusehen. Aber nur bis zum 18. Jh. wurde die Dreiteilung der Staatsgewalt in *Legislative, Exekutive und Judikative* als eine Theorie inbs. von *Montesquieu* (1689–1755) in seinem Werk „*De l'esprit des lois*“ (Vom Geist der Gesetze, 1748) entwickelt. In dieser Abhandlung spricht er nicht von einer „*strikten Trennung der Gewalten*“ (*Séparation des pouvoirs/ Separation of powers*), sondern von einer „*gemäßigten Mischung von Teilungen, Verschränkungen und wechselseitigen Kontrollen*“ (*Distribution des pouvoirs/ Distribution of powers*).
- Gewaltenteilung ist *ein tragendes Struktur-, Organisations- und Funktionsprinzip* des deutschen Grundgesetzes (BVerfGE 3, 225 [247]). Die Gewaltenteilung ist in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 3 GG sowie auch Art. 1 Abs. 3 GG normiert. In Deutschland gibt es auch keine „*strikte Gewaltentrennung*“, sondern „*die gegenseitige Kontrolle, Hemmung und Mäßigung der Gewalten*“ (BVerfGE 95, 1 [15]). Die Staatsgewalt wird im Wege einer Aufgabenteilung von bestimmten Staatsorganen sowie unterschiedlichen Organwalter ausgeübt und sich diese Staatsorgane bei ihrer Aufgabenwahrnehmung außerdem gegenseitig kontrollieren.
- Weil Deutschland ein Bundesstaat (Art. 20 Abs. 1 GG) ist, existiert außer der klassischen dreigliedrigen Gewaltenteilung zusätzlich die *vertikale Gewaltenteilung* (also die Aufteilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern [mit Kommunen]) in Art. 30 ff., 70 ff GG u.a.m.
- Vietnam hatte z.T. die Gewaltenteilung in der Verfassung 1946, weil es in dieser Verfassung z.T. die Dreiteilung der Staatsgewalt, das Gleichgewicht der Gewalten sowie die gegenseitige Kontrolle der Staatsgewalt gab.
- Seit der Verfassung 1959 existiert *das Prinzip des demokratischen Zentralismus* in den Vietnamesischen Verfassungen statt *die Gewaltenteilung wie schon in der Verfassung 1946*. Der verfassungsrechtliche Grund bleibt unerklärt und verborgen.
- Vietnam hat das Prinzip des demokratischen Zentralismus aus den Verfassungen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übernommen.

¹⁰⁰ Art. 54 VV 1992 lautet: „*Jeder Bürger hat unabhängig von seiner Nationalität, seinem Geschlecht, seiner sozialen Herkunft, seinen religiösen Überzeugungen, seinem Bildungsniveau, seinem Beruf und seiner Wohndauer ab dem vollendeten 18. Lebensjahr das Recht zu wählen sowie ab dem vollendeten 21. Lebensjahr das Recht, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen für die Wahl in die Nationalversammlung und in die Volksräte zu kandidieren.*“

¹⁰¹ Nguyễn Minh Tuấn, Vertreter des Volkes, Tia sang, veröffentlicht am 16. November 2011, um 10:18 Uhr, abrufbar unter:

<http://tiasang.com.vn/Default.aspx?tabid=116&News=4614&CategoryID=42>, abgerufen am 19. Dezember 2011.

¹⁰² Zur Information: Website der Vietnamesischen Nationalversammlung (Abrufbar unter <http://www.tbd.gov.vn/Home/Default.aspx>, abgerufen am 23. Dezember 2011).

- Das Prinzip des demokratischen Zentralismus in der Vietnamesischen Verfassung 1992 bedeutet *die Konzentration staatlicher Macht in der Nationalversammlung sowie in den Volksräten* („Zentralismus“) (z.B. Art. 83 f., 119 f. VV 1992) und *die Entscheidung durch Mehrheitsbeschluss* („demokratisch“) (z.B. Art. 88, 115 VV 1992).
- Nach Art. 83 VV 1992 ist *die Nationalversammlung* die höchste gewählte Körperschaft des Volkes und das höchste staatliche Machtorgan der Sozialistischen Republik Vietnam. In Wirklichkeit kontrolliert *die Kommunistische Partei Vietnams* alle Staatsorgane, sowohl in der Zentralebene als auch in der Regionalebene. Das ist in Vietnam m.E. kein demokratisches Vorgehen, weil es zutiefst den Ideen jeder Demokratie widerspricht, nämlich dem Prinzip der Gewaltenteilung.
- Statt das Prinzip des demokratischen Zentralismus sollte Vietnam *die Vorschriften der Gewaltenteilung*, wie sie v.a. in der Verfassung 1946 und im deutschen Grundgesetz festgelegt sind, übernehmen.

Anhang 1

DIE WICHTIGEN BESTIMMUNGEN DER DEUTSCHEN GRUNDGESETZ BEZÜGLICH DER GEWALTENTEILUNG

Normierung der Gewaltenteilung	
Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG Art. 20 Abs. 3 GG Art. 1 Abs. 3 GG	<p>Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG: <i>„Sie [Alle Staatsgewalt] wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“</i></p> <p>Art. 20 Abs. 3 GG: <i>„Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“</i></p> <p>Art. 1 Abs. 3 GG: <i>„Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“</i></p>
„Gesetzgebungskompetenz“ der Bundesregierung beim Erlass von Rechtsverordnungen	
Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG	<p>Art. 80 Abs. 1 Satz 1 GG: <i>„Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen.“</i></p>
Die Rechtsprechung (Judikative) ist den Richtern anvertraut	
Art. 92 GG	<p>Art. 92 GG: <i>„Die rechtsprechende Gewalt ist den Richtern anvertraut; sie wird durch das Bundesverfassungsgericht, durch die in diesem Grundgesetze vorgesehenen Bundesgerichte und durch die Gerichte der Länder ausgeübt.“</i></p>
Die vertikale Gewaltenteilung – die Aufteilung der Staatsgewalt zwischen Bund und Ländern (mit Kommunen)	
Art. 20 Abs. 1 GG Art. 30 ff., 70 ff. GG u.a.m.	<p>Art. 20 Abs. 1 GG: <i>„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“</i></p> <p>Art. 30 GG: <i>„Die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben ist Sache der Länder, soweit dieses Grundgesetz keine andere Regelung trifft oder zulässt.“</i></p> <p>Art. 70 GG: <i>„(1) Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht. (2) Die Abgrenzung der Zuständigkeit zwischen Bund und</i></p>

	<i>Ländern bemißt sich nach den Vorschriften dieses Grundgesetzes über die ausschließliche und die konkurrierende Gesetzgebung.“</i>
Funktionelle Gewaltenteilung – die Unterteilung der Gewalten nach ihren Aufgaben	
Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG	Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG: <i>„Sie [Alle Staatsgewalt] wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“</i>
Organisatorische Gewaltenteilung - die Einrichtung von gesonderten Organen, die die Aufgaben der drei Gewalten wahrnehmen sollen	
Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG	Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG: <i>„Sie [Alle Staatsgewalt] wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“</i>
Personelle Gewaltenteilung – die Organwalter dürfen grdsI. nicht zugleich einem anderen Organ angehören	
z.B. Art. 94 Abs. 1 Satz 3 GG § 4 Abs. 1 DRiG Art. 55 GG Art. 137 Abs. 1 GG	Art. 94 Abs. 1 Satz 3 GG: <i>„Sie [die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes] dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.“</i> § 4 Abs. 1DRiG: <i>„(1) Ein Richter darf Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt und Aufgaben der gesetzgebenden oder der vollziehenden Gewalt nicht zugleich wahrnehmen. (2) Außer Aufgaben der rechtsprechenden Gewalt darf ein Richter jedoch wahrnehmen Aufgaben der Gerichtsverwaltung, andere Aufgaben, die auf Grund eines Gesetzes Gerichten oder Richtern zugewiesen sind, Aufgaben der Forschung und Lehre an einer wissenschaftlichen Hochschule, öffentlichen Unterrichtsanstalt oder amtlichen Unterrichtseinrichtung, Prüfungsangelegenheiten, den Vorsitz in Einigungsstellen und entsprechenden unabhängigen Stellen im Sinne des § 104 Satz 2 des Bundespersonalvertretungsgesetzes.“</i> Art. 55 GG: <i>„(1) Der Bundespräsident darf weder der Regierung noch einer gesetzgebenden Körperschaft des Bundes oder eines Landes angehören. (2) Der Bundespräsident darf kein anderes besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und weder der Leitung noch dem Aufsichtsrat eines auf Erwerb gerichteten Unternehmens angehören.“</i>

	<p>Art. 137 Abs. 1 GG: <i>„Die Wählbarkeit von Beamten, Angestellten des öffentlichen Dienstes, Berufssoldaten, freiwilligen Soldaten auf Zeit und Richtern im Bund, in den Ländern und den Gemeinden kann gesetzlich beschränkt werden.“.</i></p>
<p>Gewaltenverschränkung – bspw. Gewaltenverschränkung bei der Abhängigkeit der Bundesregierung von der Mehrheit im Bundestag</p>	
<p>Art. 63, 67, 68 GG</p>	<p>Art. 63 GG: <i>„(1) Der Bundeskanzler wird auf Vorschlag des Bundespräsidenten vom Bundestage ohne Aussprache gewählt. (2) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich vereinigt. Der Gewählte ist vom Bundespräsidenten zu ernennen. (3) Wird der Vorgeschlagene nicht gewählt, so kann der Bundestag binnen vierzehn Tagen nach dem Wahlgange mit mehr als der Hälfte seiner Mitglieder einen Bundeskanzler wählen. (4) Kommt eine Wahl innerhalb dieser Frist nicht zustande, so findet unverzüglich ein neuer Wahlgang statt, in dem gewählt ist, wer die meisten Stimmen erhält. Vereinigt der Gewählte die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages auf sich, so muß der Bundespräsident ihn binnen sieben Tagen nach der Wahl ernennen. Erreicht der Gewählte diese Mehrheit nicht, so hat der Bundespräsident binnen sieben Tagen entweder ihn zu ernennen oder den Bundestag aufzulösen.“.</i></p> <p>Art. 67 GG: <i>„(1) Der Bundestag kann dem Bundeskanzler das Mißtrauen nur dadurch aussprechen, daß er mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen Nachfolger wählt und den Bundespräsidenten ersucht, den Bundeskanzler zu entlassen. Der Bundespräsident muß dem Ersuchen entsprechen und den Gewählten ernennen. (2) Zwischen dem Antrage und der Wahl müssen achtundvierzig Stunden liegen.“.</i></p> <p>Art. 68 GG: <i>„(1) Findet ein Antrag des Bundeskanzlers, ihm das Vertrauen auszusprechen, nicht die Zustimmung der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages, so kann der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers binnen einundzwanzig Tagen den Bundestag auflösen. Das Recht zur Auflösung erlischt, sobald der Bundestag mit der Mehrheit seiner Mitglieder einen anderen Bundeskanzler wählt. (2) Zwischen dem Antrage und der Abstimmung müssen achtundvierzig Stunden liegen.“.</i></p>

Gewaltenverschränkung – bspw. Gewaltenverschränkung beim Gesetzgebungsverfahren	
Art. 76 ff. GG	<p>Art. 76 GG:</p> <p>„(1) Gesetzesvorlagen werden beim Bundestage durch die Bundesregierung, aus der Mitte des Bundestages oder durch den Bundesrat eingebracht.</p> <p>(2) Vorlagen der Bundesregierung sind zunächst dem Bundesrat zuzuleiten. Der Bundesrat ist berechtigt, innerhalb von sechs Wochen zu diesen Vorlagen Stellung zu nehmen. Verlangt er aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Die Bundesregierung kann eine Vorlage, die sie bei der Zuleitung an den Bundesrat ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet hat, nach drei Wochen oder, wenn der Bundesrat ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, nach sechs Wochen dem Bundestag zuleiten, auch wenn die Stellungnahme des Bundesrates noch nicht bei ihr eingegangen ist; sie hat die Stellungnahme des Bundesrates unverzüglich nach Eingang dem Bundestag nachzureichen. Bei Vorlagen zur Änderung dieses Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Artikel 23 oder Artikel 24 beträgt die Frist zur Stellungnahme neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung.</p> <p>(3) Vorlagen des Bundesrates sind dem Bundestag durch die Bundesregierung innerhalb von sechs Wochen zuzuleiten. Sie soll hierbei ihre Auffassung darlegen. Verlangt sie aus wichtigem Grunde, insbesondere mit Rücksicht auf den Umfang einer Vorlage, eine Fristverlängerung, so beträgt die Frist neun Wochen. Wenn der Bundesrat eine Vorlage ausnahmsweise als besonders eilbedürftig bezeichnet hat, beträgt die Frist drei Wochen oder, wenn die Bundesregierung ein Verlangen nach Satz 3 geäußert hat, sechs Wochen. Bei Vorlagen zur Änderung dieses Grundgesetzes und zur Übertragung von Hoheitsrechten nach Artikel 23 oder Artikel 24 beträgt die Frist neun Wochen; Satz 4 findet keine Anwendung. Der Bundestag hat über die Vorlagen in angemessener Frist zu beraten und Beschluss zu fassen.“</p>
Ausprägungen der Gewaltenteilung	
Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. das Mehrparteiensystem	
Art. 21 GG	<p>Art. 21 GG:</p> <p>„(1) Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.</p> <p>(2) Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu ge-</p>

	<p>fährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht. (3) Das Nähere regeln Bundesgesetze.“</p>
Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. die Kompetenzen des Bundesrats und Verwaltung in Gesetzgebung	
<p>Art. 50 ff. GG, Art. 77 GG, Art. 80 Abs. 2, 3 GG,</p>	<p>Art. 50 GG: „Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.“</p> <p>Art. 77 GG: „(1) Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen. Sie sind nach ihrer Annahme durch den Präsidenten des Bundestages unverzüglich dem Bundesrate zuzuleiten. (2) Der Bundesrat kann binnen drei Wochen nach Eingang des Gesetzesbeschlusses verlangen, daß ein aus Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates für die gemeinsame Beratung von Vorlagen gebildeter Ausschuß einberufen wird. Die Zusammensetzung und das Verfahren dieses Ausschusses regelt eine Geschäftsordnung, die vom Bundestag beschlossen wird und der Zustimmung des Bundesrates bedarf. Die in diesen Ausschuß entsandten Mitglieder des Bundesrates sind nicht an Weisungen gebunden. Ist zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates erforderlich, so können auch der Bundestag und die Bundesregierung die Einberufung verlangen. Schlägt der Ausschuß eine Änderung des Gesetzesbeschlusses vor, so hat der Bundestag erneut Beschluß zu fassen. (2a) Soweit zu einem Gesetz die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist, hat der Bundesrat, wenn ein Verlangen nach Absatz 2 Satz 1 nicht gestellt oder das Vermittlungsverfahren ohne einen Vorschlag zur Änderung des Gesetzesbeschlusses beendet ist, in angemessener Frist über die Zustimmung Beschluß zu fassen. (3) Soweit zu einem Gesetze die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich ist, kann der Bundesrat, wenn das Verfahren nach Absatz 2 beendet ist, gegen ein vom Bundestage beschlossenes Gesetz binnen zwei Wochen Einspruch einlegen. Die Einspruchsfrist beginnt im Falle des Absatzes 2 letzter Satz mit dem Eingange des vom Bundestage erneut gefaßten Beschlusses, in allen anderen Fällen mit dem Eingange der Mitteilung des Vorsitzenden des in Absatz 2 vorgesehenen Ausschusses, daß das Verfahren vor dem Ausschusse abgeschlossen ist. (4) Wird der Einspruch mit der Mehrheit der Stimmen des Bundesrates beschlossen, so kann er durch Beschluß der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages zurückgewiesen werden. Hat der Bundesrat den Einspruch mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln seiner Stimmen beschlossen,</p>

	<p><i>so bedarf die Zurückweisung durch den Bundestag einer Mehrheit von zwei Dritteln, mindestens der Mehrheit der Mitglieder des Bundestages.“</i></p> <p>Art. 80 GG:</p> <p><i>„(1) Durch Gesetz können die Bundesregierung, ein Bundesminister oder die Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Dabei müssen Inhalt, Zweck und Ausmaß der erteilten Ermächtigung im Gesetze bestimmt werden. Die Rechtsgrundlage ist in der Verordnung anzugeben. Ist durch Gesetz vorgesehen, daß eine Ermächtigung weiter übertragen werden kann, so bedarf es zur Übertragung der Ermächtigung einer Rechtsverordnung.</i></p> <p><i>(2) Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen, vorbehaltlich anderweitiger bundesgesetzlicher Regelung, Rechtsverordnungen der Bundesregierung oder eines Bundesministers über Grundsätze und Gebühren für die Benutzung der Einrichtungen des Postwesens und der Telekommunikation, über die Grundsätze der Erhebung des Entgelts für die Benutzung der Einrichtungen der Eisenbahnen des Bundes, über den Bau und Betrieb der Eisenbahnen, sowie Rechtsverordnungen auf Grund von Bundesgesetzen, die der Zustimmung des Bundesrates bedürfen oder die von den Ländern im Auftrage des Bundes oder als eigene Angelegenheit ausgeführt werden.</i></p> <p><i>(3) Der Bundesrat kann der Bundesregierung Vorlagen für den Erlaß von Rechtsverordnungen zuleiten, die seiner Zustimmung bedürfen.</i></p> <p><i>(4) Soweit durch Bundesgesetz oder auf Grund von Bundesgesetzen Landesregierungen ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen, sind die Länder zu einer Regelung auch durch Gesetz befugt.“</i></p>
<p>Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. der Wettbewerb von Parlamentsmehrheit und Parlamentsminderheit</p>	
Art. 42 Abs. 2	<p>Art. 42 Abs. 2 GG:</p> <p><i>„(2) Zu einem Beschlusse des Bundestages ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich, soweit dieses Grundgesetz nichts anderes bestimmt. Für die vom Bundestage vorzunehmenden Wahlen kann die Geschäftsordnung Ausnahmen zulassen.“</i></p>
<p>Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. die Verfassungsgerichtbarkeit in der Kontrolle von Gesetzen und Verfassungsorganen</p>	
Art. 93 GG Art. 94 GG	<p>Art. 93 GG:</p> <p><i>„(1) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet:</i></p> <p><i>1. über die Auslegung dieses Grundgesetzes aus Anlaß von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Bundesorgans oder anderer Beteiligter, die</i></p>

durch dieses Grundgesetz oder in der Geschäftsordnung eines obersten Bundesorgans mit eigenen Rechten ausgestattet sind;

2. bei Meinungsverschiedenheiten oder Zweifeln über die förmliche und sachliche Vereinbarkeit von Bundesrecht oder Landesrecht mit diesem Grundgesetz oder die Vereinbarkeit von Landesrecht mit sonstigem Bundesrechte auf Antrag der Bundesregierung, einer Landesregierung oder eines Viertels der Mitglieder des Bundestages;

2a. bei Meinungsverschiedenheiten, ob ein Gesetz den Voraussetzungen des Artikels 72 Abs. 2 entspricht, auf Antrag des Bundesrates, einer Landesregierung oder der Volksvertretung eines Landes;

3. bei Meinungsverschiedenheiten über Rechte und Pflichten des Bundes und der Länder, insbesondere bei der Ausführung von Bundesrecht durch die Länder und bei der Ausübung der Bundesaufsicht;

4. in anderen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen dem Bunde und den Ländern, zwischen verschiedenen Ländern oder innerhalb eines Landes, soweit nicht ein anderer Rechtsweg gegeben ist;

4a. über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder in einem seiner in Artikel 20 Abs. 4, 33, 38, 101, 103 und 104 enthaltenen Rechte verletzt zu sein;

4b. über Verfassungsbeschwerden von Gemeinden und Gemeindeverbänden wegen Verletzung des Rechts auf Selbstverwaltung nach Artikel 28 durch ein Gesetz, bei Landesgesetzen jedoch nur, soweit nicht Beschwerde beim Landesverfassungsgericht erhoben werden kann;

5. in den übrigen in diesem Grundgesetz vorgesehenen Fällen.

(2) Das Bundesverfassungsgericht entscheidet außerdem auf Antrag des Bundesrates, einer Landesregierung oder der Volksvertretung eines Landes, ob im Falle des Artikels 72 Abs. 4 die Erforderlichkeit für eine bundesgesetzliche Regelung nach Artikel 72 Abs. 2 nicht mehr besteht oder Bundesrecht in den Fällen des Artikels 125a Abs. 2 Satz 1 nicht mehr erlassen werden könnte. Die Feststellung, dass die Erforderlichkeit entfallen ist oder Bundesrecht nicht mehr erlassen werden könnte, ersetzt ein Bundesgesetz nach Artikel 72 Abs. 4 oder nach Artikel 125a Abs. 2 Satz 2. Der Antrag nach Satz 1 ist nur zulässig, wenn eine Gesetzesvorlage nach Artikel 72 Abs. 4 oder nach Artikel 125a Abs. 2 Satz 2 im Bundestag abgelehnt oder über sie nicht innerhalb eines Jahres beraten und Beschluss gefasst oder wenn eine entsprechende Gesetzesvorlage im Bundesrat abgelehnt worden ist.

(3) Das Bundesverfassungsgericht wird ferner in den ihm

	<p>sonst durch Bundesgesetz zugewiesenen Fällen tätig.“.</p> <p>Art 94 GG:</p> <p>„(1) Das Bundesverfassungsgericht besteht aus Bundesrichtern und anderen Mitgliedern. Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichtes werden je zur Hälfte vom Bundestage und vom Bundesrate gewählt. Sie dürfen weder dem Bundestage, dem Bundesrate, der Bundesregierung noch entsprechenden Organen eines Landes angehören.</p> <p>(2) Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben. Es kann für Verfassungsbeschwerden die vorherige Erschöpfung des Rechtsweges zur Voraussetzung machen und ein besonderes Annahmeverfahren vorsehen.“.</p>
Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. Einfluss der Medien	
Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG	<p>Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG:</p> <p>„Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.“</p>
Ausprägungen der Gewaltenteilung - bspw. Einfluss von Versammlungen	
Art. 8 GG	<p>Art. 8 GG:</p> <p>„(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.</p> <p>(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“</p>

Anhang 2

DIE WICHTIGEN BESTIMMUNGEN DER VIETNAMESISCHEN VERFASSUNG 1992 BEZÜGLICH DER STAATSORGANISATION SOWIE DES PRINZIPS DES DEMOKRATISCHEN ZENTRALISMUS

(Hinweise: nicht amtliche Übersetzung, Quelle: Die Vietnamesische Verfassung vom 15. April 1992, Übersetzung von Prof. Dr. Otto Deppenheuer (Universität Mannheim), in: Leibholz/Häberle (Hrsg.), Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, N.F., 45, 1997, S. 675 ff.)

Vietnamesisch	Deutsch („Wichtige“ Normen sind in <i>Kursivdruck</i>)
<p>Điều 2</p> <p>Nhà nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam là Nhà nước của nhân dân, do nhân dân, vì nhân dân. Tất cả quyền lực Nhà nước thuộc về nhân dân mà nền tảng là liên minh giai cấp công nhân với giai cấp nông dân và tầng lớp trí thức.</p>	<p>Artikel 2</p> <p><i>Die Sozialistische Republik Vietnam ist ein sozialistischer Rechtsstaat des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Die gesamte Macht des Staates gehört dem Volk, dessen Fundament das Bündnis der Arbeiterklasse, der Bauernklasse und der Schicht der Intelligenz ist.</i></p>
<p>Điều 4</p> <p>Đảng cộng sản Việt Nam, đội tiên phong của giai cấp công nhân Việt Nam, đại biểu trung thành quyền lợi của giai cấp công nhân, nhân dân lao động và của cả dân tộc, theo chủ nghĩa Mác - Lê Nin và tư tưởng Hồ Chí Minh, là lực lượng lãnh đạo Nhà nước và xã hội.</p> <p>Mọi tổ chức của Đảng hoạt động trong khuôn khổ Hiến pháp và pháp luật.</p>	<p>Artikel 4</p> <p><i>Die Kommunistische Partei Vietnams, die Avantgarde der Arbeiterklasse und ergebste Interessenvertreterin der Arbeiterklasse, der Werktätigen und des ganzen Volkes, basierend auf dem Marxismus-Leninismus und der Lehre Ho Chi Minhs, ist die führende Kraft des Staates und der Gesellschaft.</i></p> <p><i>Jede Struktureinheit der Partei handelt im Rahmen der Verfassung und der Gesetze.</i></p>
<p>Điều 6</p> <p>Nhân dân sử dụng quyền lực Nhà</p>	<p>Artikel 6</p> <p><i>Das Volk übt die Staatsgewalt durch die Na-</i></p>

<p>nước thông qua Quốc hội và Hội đồng nhân dân là những cơ quan đại diện cho ý chí và nguyện vọng của nhân dân, do nhân dân bầu ra và chịu trách nhiệm trước nhân dân.</p> <p>Quốc hội, Hội đồng nhân dân và các cơ quan khác của Nhà nước đều tổ chức và hoạt động theo nguyên tắc tập trung dân chủ.</p>	<p><i>tionalversammlung und die Volksräte aus. Diese Organe vertreten den Willen, die Wünsche und Erwartungen des Volkes, werden durch das Volk gewählt und sind ihm verantwortlich.</i></p> <p><i>Die Nationalversammlung, die Volksräte und alle anderen staatlichen Organe sind nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus organisiert und arbeiten nach diesem Prinzip.</i></p>
<p>Điều 7</p> <p>Việc bầu cử đại biểu Quốc hội và đại biểu Hội đồng nhân dân tiến hành theo nguyên tắc phổ thông, bình đẳng, trực tiếp và bỏ phiếu kín.</p> <p>Đại biểu Quốc hội bị cử tri hoặc Quốc hội bãi nhiệm và đại biểu Hội đồng nhân dân bị cử tri hoặc Hội đồng nhân dân bãi nhiệm khi đại biểu đó không còn xứng đáng với sự tín nhiệm của nhân dân.</p>	<p>Artikel 7</p> <p><i>Die Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung und der Volksräte erfolgt nach dem Prinzip der allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahl.</i></p> <p>Ein Abgeordneter der Nationalversammlung kann durch die Wähler der Nationalversammlung, ein Abgeordneter der Volksräte durch die Wähler der Volksräte abberufen werden, wenn er sich des Vertrauens des Volkes nicht mehr würdig erweist.</p>
<p>Điều 83</p> <p>Quốc hội là cơ quan đại biểu cao nhất của nhân dân, cơ quan quyền lực Nhà nước cao nhất của nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam.</p> <p>Quốc hội là cơ quan duy nhất có quyền lập hiến và lập pháp.</p> <p>Quốc hội quyết định những chính sách cơ bản về đối nội và đối ngoại, nhiệm vụ kinh tế - xã hội, quốc</p>	<p>Artikel 83</p> <p><i>Die Nationalversammlung ist die höchste gewählte Körperschaft des Volkes und das höchste staatliche Machtorgan der Sozialistischen Republik Vietnam.</i></p> <p>Die Nationalversammlung ist das einzige Organ, das über das Recht auf Verfassungs- und Gesetzgebung verfügt.</p> <p>Die Nationalversammlung trifft Entscheidungen über grundlegende politische Maßnahmen in der Innen- und Außenpolitik, über die</p>

<p>phòng, an ninh của đất nước, những nguyên tắc chủ yếu về tổ chức và hoạt động của bộ máy Nhà nước, về quan hệ xã hội và hoạt động của công dân.</p> <p>Quốc hội thực hiện quyền giám sát tối cao đối với toàn bộ hoạt động của Nhà nước.</p>	<p>Aufgaben auf sozialökonomischem Gebiet, in der Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, über die hauptsächlichen Grundsätze der Organisation bzw. des Wirkens des Staatsapparates sowie über die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Aktivitäten der Bürger.</p> <p>Die Nationalversammlung übt die oberste Aufsicht über die gesamte Tätigkeit des Staates aus.</p>
<p>Điều 84</p> <p>Quốc hội có những nhiệm vụ và quyền hạn sau đây:</p> <p>1- Làm Hiến pháp và sửa đổi Hiến pháp; làm luật và sửa đổi luật; quyết định chương trình xây dựng luật, pháp lệnh;</p> <p>2- Thực hiện quyền giám sát tối cao việc tuân theo Hiến pháp, luật và nghị quyết của Quốc hội; xét báo cáo hoạt động của Chủ tịch nước, Ủy ban thường vụ Quốc hội, Chính phủ, Tòa án nhân dân tối cao, Viện kiểm sát nhân dân tối cao;</p> <p>3- Quyết định kế hoạch phát triển kinh tế - xã hội của đất nước;</p> <p>4- Quyết định chính sách tài chính, tiền tệ quốc gia; quyết định dự toán ngân sách Nhà nước và phân bổ ngân sách Nhà nước, phê chuẩn quyết toán ngân sách Nhà nước; quy định, sửa đổi hoặc bãi bỏ các thứ thuế;</p> <p>5- Quyết định chính sách dân tộc</p>	<p>Artikel 84</p> <p>Die Nationalversammlung hat folgende Aufgaben und Vollmachten:</p> <p>1. <i>Die Verfassung auszuarbeiten bzw. zu ändern; Gesetze auszuarbeiten bzw. zu ändern; die Verfahren zur Erstellung von Gesetzen und Beschlüssen festzulegen;</i></p> <p>2. <i>Die oberste Aufsicht über die Einhaltung der Verfassung, von Gesetzen und Verordnungen der Nationalversammlung wahrzunehmen, die Tätigkeitsberichte des Staatspräsidenten, des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, der Regierung, des Obersten Volksgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft zu prüfen;</i></p> <p>3. Den sozialökonomischen Entwicklungsplan des Landes zu beschließen;</p> <p>4. Die nationale Finanz- und Währungspolitik zu beschließen; über den Kostenvorschlag und die Verteilung des Staatsbudgets zu beschließen, das Staatsbudget endgültig zu bestätigen; die verschiedenen Formen der</p>

<p>của Nhà nước;</p> <p>6- Quy định tổ chức và hoạt động của Quốc hội, Chủ tịch nước, Chính phủ, Toà án nhân dân, Viện kiểm sát nhân dân và chính quyền địa phương;</p> <p>7- Bầu, miễn nhiệm, bãi nhiệm Chủ tịch nước, Phó Chủ tịch nước, Chủ tịch Quốc hội, các Phó Chủ tịch Quốc hội và các ủy viên Ủy ban thường vụ Quốc hội, Thủ tướng Chính phủ, Chánh án Toà án nhân dân tối cao, Viện trưởng Viện kiểm sát nhân dân tối cao; phê chuẩn đề nghị của Chủ tịch nước về việc thành lập Hội đồng quốc phòng và an ninh; phê chuẩn đề nghị của Thủ tướng Chính phủ về việc bổ nhiệm, miễn nhiệm, cách chức Phó Thủ tướng, Bộ trưởng và các thành viên khác của Chính phủ;</p> <p>8- Quyết định thành lập, bãi bỏ các Bộ và các cơ quan ngang Bộ của Chính phủ; thành lập mới, nhập, chia, điều chỉnh địa giới tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương; thành lập hoặc giải thể đơn vị hành chính - kinh tế đặc biệt;</p> <p>9- Bãi bỏ các văn bản của Chủ tịch nước, Ủy ban thường vụ Quốc hội, Chính phủ, Thủ tướng Chính phủ, Toà án nhân dân tối cao và Viện kiểm sát nhân dân tối cao trái với</p>	<p>Steuern festzulegen, zu ändern oder zu annullieren;</p> <p>5. Die Nationalitätenpolitik des Staates zu beschließen;</p> <p>6. Festlegung über die Organisation und die Kompetenzen der Nationalversammlung, des Staatspräsidenten, der Regierung, der Volksgerichte, der Staatsanwaltschaft und der örtlichen Machtorgane zu treffen;</p> <p><i>7. Den Staatspräsidenten, den Vizepräsidenten, den Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und die Mitglieder des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, den Ministerpräsidenten der Regierung, den Vorsitzenden des Obersten Volksgerichtes und den Generalstaatsanwalt zu wählen; den Vorschlag des Staatspräsidenten zur Gründung des Rates für nationale Verteidigung und Sicherheit zu bestätigen; Vorschläge des Ministerpräsidenten zur Berufung, Abberufung oder Amtenthebung von stellvertretenden Ministerpräsidenten, Ministern und anderen Mitgliedern der Regierung zu bestätigen;</i></p> <p>8. Über die Gründung oder Auflösung von Ministerien oder den Ministerien gleichgestellten Regierungsorganen; über die Neugründung, Zusammenlegung oder Teilung sowie über die Regulierung der Grenzen von Provinzen und zentral unterstellten Städten; die Gründung oder Auflösung von besonderen ökonomischen Zonen zu beschließen;</p>
--	--

<p>Hiến pháp, luật và nghị quyết của Quốc hội;</p> <p>10- Quyết định đại xá;</p> <p>11- Quy định hàm, cấp trong các lực lượng vũ trang nhân dân, hàm, cấp ngoại giao và những hàm, cấp Nhà nước khác; quy định huân chương, huy chương và danh hiệu vinh dự Nhà nước;</p> <p>12- Quyết định vấn đề chiến tranh và hoà bình; quy định về tình trạng khẩn cấp, các biện pháp đặc biệt khác bảo đảm quốc phòng và an ninh quốc gia;</p> <p>13- Quyết định chính sách cơ bản về đối ngoại; phê chuẩn hoặc bãi bỏ các điều ước quốc tế đã ký kết hoặc tham gia theo đề nghị của Chủ tịch nước;</p> <p>14- Quyết định việc trưng cầu ý dân.</p>	<p>9. <i>Alle Dokumente des Staatspräsidenten, des Ständigen Komitees der Nationalversammlung, der Regierung, des Ministerpräsidenten, des Obersten Volksgerichts und der Generalstaatsanwaltschaft außerkraftzusetzen, die im Widerspruch zur Verfassung, zu Gesetzen und Beschlüssen der Nationalversammlung stehen;</i></p> <p>10. Allgemeine Amnestien zu beschließen;</p> <p>11. Titel und Dienstgrade in den bewaffneten Volksstreitkräften, Titel und Grade im diplomatischen Dienst und andere staatliche Titel und Grade festzulegen; Orden, Medaillen und staatliche Ehrentitel festzulegen;</p> <p>12. <i>In der Frage Krieg und Frieden zu entscheiden;</i> den Ausnahmezustand und andere besondere Maßnahmen festzustellen, um die Landesverteidigung und die Sicherheit des Staates zu garantieren;</p> <p>13. Über die Grundsätze der Außenpolitik sowie über die Ratifizierung oder Annullierung internationaler Verträge, die auf Vorschlag des Staatspräsidenten unterzeichnet wurden oder an denen teilgenommen wurde, zu entscheiden;</p> <p>14. Die Durchführung einer Volksbefragung zu beschließen.</p>
<p>Điều 85</p> <p>Nhiệm kỳ của mỗi khoá Quốc hội là năm năm.</p> <p>Hai tháng trước khi Quốc hội hết</p>	<p>Artikel 85</p> <p><i>Die Dauer jeder Legislaturperiode der Nationalversammlung beträgt fünf Jahre.</i></p> <p>Zwei Monate vor Ablauf der Amtszeit der Na-</p>

<p>nhiệm kỳ, Quốc hội khoá mới phải được bầu xong. Thẻ lệ bầu cử và số đại biểu Quốc hội do luật định.</p> <p>Trong trường hợp đặc biệt, nếu được ít nhất hai phần ba tổng số đại biểu Quốc hội biểu quyết tán thành, thì Quốc hội quyết định rút ngắn hoặc kéo dài nhiệm kỳ của mình.</p>	<p>tionalversammlung müssen die Wahlen zur neuen Nationalversammlung abgeschlossen sein. Die Wahlprozedur und die Zahl der Abgeordneten werden im Gesetz festgelegt.</p> <p>Unter besonderen Umständen, wenn mindestens zwei Drittel aller Abgeordneten der Nationalversammlung zustimmen, kann die Nationalversammlung eine Verkürzung oder Verlängerung ihrer Amtszeit beschließen.</p>
<p>Điều 90</p> <p>Ủy ban thường vụ Quốc hội là cơ quan thường trực của Quốc hội.</p> <p>Ủy ban thường vụ Quốc hội gồm có:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Chủ tịch Quốc hội; - Các Phó Chủ tịch Quốc hội; - Các ủy viên. <p>Số thành viên Ủy ban thường vụ Quốc hội do Quốc hội quyết định.</p> <p>Thành viên Ủy ban thường vụ Quốc hội không thể đồng thời là thành viên Chính phủ.</p> <p>Ủy ban thường vụ Quốc hội của mỗi khoá Quốc hội thực hiện nhiệm vụ, quyền hạn của mình cho đến khi Quốc hội khoá mới bầu Ủy ban thường vụ Quốc hội mới.</p>	<p>Artikel 90</p> <p><i>Das Ständige Komitee der Nationalversammlung ist ein ständiges Organ der Nationalversammlung.</i></p> <p>Dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung gehören an:</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Präsident der Nationalversammlung, - die Vizepräsidenten der Nationalversammlung, - die Mitglieder <p>Die Zahl der Mitglieder des Ständigen Komitees wird von der Nationalversammlung beschlossen Mitglieder des Ständigen Komitees der Nationalversammlung können nicht gleichzeitig Mitglieder der Regierung sein.</p> <p>Das Ständige Komitee der Nationalversammlung jeder Legislaturperiode der Nationalversammlung nimmt seine Aufgaben und Rechte solange wahr, bis die Nationalversammlung der nächsten Legislaturperiode ein neues Ständiges Komitee gewählt hat.</p>

<p>Điều 91</p> <p>Ủy ban thường vụ Quốc hội có những nhiệm vụ và quyền hạn sau đây:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1- Công bố và chủ trì việc bầu cử đại biểu Quốc hội; 2- Tổ chức việc chuẩn bị, triệu tập và chủ trì các kỳ họp Quốc hội; 3- Giải thích Hiến pháp, luật, pháp lệnh; 4- Ra pháp lệnh về những vấn đề được Quốc hội giao; 5- Giám sát việc thi hành Hiến pháp, luật, nghị quyết của Quốc hội, pháp lệnh, nghị quyết của Ủy ban thường vụ Quốc hội; giám sát hoạt động của Chính phủ, Tòa án nhân dân tối cao, Viện kiểm sát nhân dân tối cao; đình chỉ việc thi hành các văn bản của Chính phủ, Thủ tướng Chính phủ, Tòa án nhân dân tối cao, Viện kiểm sát nhân dân tối cao trái với Hiến pháp, luật, nghị quyết của Quốc hội và trình Quốc hội quyết định việc hủy bỏ các văn bản đó; hủy bỏ các văn bản của Chính phủ, Thủ tướng Chính phủ, Tòa án nhân dân tối cao, Viện kiểm sát nhân dân tối cao trái với pháp lệnh, nghị quyết của Ủy ban thường vụ Quốc hội; 6- Giám sát và hướng dẫn hoạt động của Hội đồng nhân dân; bãi bỏ các nghị quyết sai trái của Hội đồng nhân 	<p>Artikel 91</p> <p>Das Ständige Komitee der Nationalversammlung hat folgende Aufgaben und Vollmachten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Die Wahl der Abgeordneten der Nationalversammlung bekanntzumachen und zu leiten; 2) Die Vorbereitung, Durchführung und Leitung der Tagungen der Nationalversammlung zu organisieren; 3) <i>Die Verfassung, Gesetze und Verordnungen zu erläutern;</i> 4) <i>Dekrete aufgrund der von der Nationalversammlung erlassenen Verordnungen herauszugeben;</i> 5) Die Durchsetzung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse der Nationalversammlung und der Verordnungen und Beschlüsse des Ständigen Komitees der Nationalversammlung zu überwachen; die Tätigkeit der Regierung, des Obersten Volksgerichts, der Generalstaatsanwaltschaft zu überwachen; Dokumente, die von der Regierung, dem Ministerpräsidenten, dem Obersten Volksgericht, der Generalstaatsanwaltschaft herausgegeben worden sind, außer Vollzug zu setzen, wenn sich diese nicht in Übereinstimmung mit der Verfassung, den Gesetzen und Beschlüssen der Nationalversammlung befinden und der Nationalversammlung einen Vorschlag zur Aufhebung dieser Dokumente zu unterbreiten; Doku-
---	---

<p>dân tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương; giải tán Hội đồng nhân dân tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương trong trường hợp Hội đồng nhân dân đó làm thiệt hại nghiêm trọng đến lợi ích của nhân dân;</p> <p>7- Chỉ đạo, điều hoà, phối hợp hoạt động của Hội đồng dân tộc và các Ủy ban của Quốc hội; hướng dẫn và bảo đảm điều kiện hoạt động của các đại biểu Quốc hội;</p> <p>8- Trong thời gian Quốc hội không họp, phê chuẩn đề nghị của Thủ tướng Chính phủ về việc bổ nhiệm, miễn nhiệm, cách chức Phó Thủ tướng, Bộ trưởng, các thành viên khác của Chính phủ và báo cáo với Quốc hội tại kỳ họp gần nhất của Quốc hội;</p> <p>9- Trong thời gian Quốc hội không họp, quyết định việc tuyên bố tình trạng chiến tranh khi nước nhà bị xâm lược và trình Quốc hội phê chuẩn quyết định đó tại kỳ họp gần nhất của Quốc hội;</p> <p>10- Quyết định tổng động viên hoặc động viên cục bộ; ban bố tình trạng khẩn cấp trong cả nước hoặc ở từng địa phương;</p> <p>11- Thực hiện quan hệ đối ngoại của Quốc hội;</p> <p>12- Tổ chức trưng cầu ý dân theo quyết định của Quốc hội.</p>	<p>mente aufzuheben, die von der Regierung, dem Ministerpräsidenten, dem Obersten Volksgericht, der Generalstaatsanwaltschaft herausgegeben wurden, wenn diese unvereinbar sind mit den Verordnungen und Beschlüsse des Ständigen Komitees der Nationalversammlung;</p> <p>6) Die Tätigkeit der Volksräte anzuleiten und zu kontrollieren; falsche Beschlüsse der Volksräte der Provinzen und der zentral unterstellten Städte zu annullieren; Volksräte der Provinzen und der zentral unterstellten Städte aufzulösen in der Fall, dass diese den Interessen des Volkes gravierenden Schaden zufügen;</p> <p>7) Die Tätigkeit des Rates für Nationalitäten und aller Komitee der Nationalversammlung zu leiten, zu regeln und zu koordinieren; die Abgeordneten der Nationalversammlung anzuleiten und für sie Arbeitsbedingungen zu schaffen;</p> <p>8) In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, Vorschläge des Ministerpräsidenten zur Berufung, Abberufung oder Amtsenthebung von stellvertretenden Ministerpräsidenten, von Ministern oder anderen Mitgliedern der Regierung zu bestätigen und der Nationalversammlung darüber auf deren nächster Tagung Bericht zu erstatten;</p> <p>9) In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, die Feststellung des Kriegszustandes zu beschließen, wenn das Land angegriffen wird und diesen Beschluss der</p>
--	---

	<p>Nationalversammlung auf deren nächster Tagung zur Bestätigung vorzulegen;</p> <p>10) Die allgemeine oder teilweise Mobilmachung zu beschließen, den Ausnahmezustand im ganzen Land oder in einzelnen Regionen zu erklären;</p> <p>11) Die außenpolitischen Beziehungen der Nationalversammlung wahrzunehmen;</p> <p>12) Eine Volksbefragung zu organisieren, wenn die Nationalversammlung eine solche beschlossen hat.</p>
<p>Điều 101</p> <p>Chủ tịch nước là người đứng đầu Nhà nước; thay mặt nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam về đối nội và đối ngoại.</p>	<p>Artikel 101</p> <p><i>Der Staatspräsident ist das Staatsoberhaupt; er vertritt die Sozialistische Republik Vietnam in der Innen- und Außenpolitik.</i></p>
<p>Điều 102</p> <p>Chủ tịch nước do Quốc hội bầu trong số đại biểu Quốc hội.</p> <p>Chủ tịch nước chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Quốc hội.</p> <p>Nhiệm kỳ của Chủ tịch nước theo nhiệm kỳ của Quốc hội. Khi Quốc hội hết nhiệm kỳ, Chủ tịch nước tiếp tục làm nhiệm vụ cho đến khi Quốc hội khoá mới bầu Chủ tịch nước mới.</p>	<p>Artikel 102</p> <p><i>Der Staatspräsident wird von der Nationalversammlung aus den Reihen der Abgeordneten gewählt.</i></p> <p><i>Der Staatspräsident ist der Nationalversammlung für seine Arbeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig.</i></p> <p>Die Amtszeit der Staatspräsidenten entspricht der Amtszeit der Nationalversammlung. Nach Ablauf der Amtszeit der Nationalversammlung erfüllt der Staatspräsident weiterhin seine Pflichten, bis die neue Nationalversammlung einen neuen Staatspräsidenten gewählt hat.</p>

<p>Điều 109</p> <p>Chính phủ là cơ quan chấp hành của Quốc hội, cơ quan hành chính Nhà nước cao nhất của nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam.</p> <p>Chính phủ thống nhất quản lý việc thực hiện các nhiệm vụ chính trị, kinh tế, văn hoá, xã hội, quốc phòng, an ninh và đối ngoại của Nhà nước; bảo đảm hiệu lực của bộ máy Nhà nước từ trung ương đến cơ sở; bảo đảm việc tôn trọng và chấp hành Hiến pháp và pháp luật; phát huy quyền làm chủ của nhân dân trong sự nghiệp xây dựng và bảo vệ Tổ quốc, bảo đảm ổn định và nâng cao đời sống vật chất và văn hoá của nhân dân.</p> <p>Chính phủ chịu trách nhiệm trước Quốc hội và báo cáo công tác với Quốc hội, Ủy ban thường vụ Quốc hội, Chủ tịch nước.</p>	<p>Artikel 109</p> <p>Die Regierung ist <i>das oberste Exekutivorgan der Nationalversammlung</i> sowie <i>oberstes Verwaltungsorgan des Staates der Sozialistischen Republik Vietnam</i>.</p> <p>Die Regierung leitet einheitlich die Verwirklichung der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aufgaben sowie der Aufgaben auf den Gebieten der nationalen Verteidigung und Sicherheit und der Außenpolitik des Staates. Sie gewährleistet die Wirksamkeit des Staatsapparates von der Zentrale bis zur Basis, die Achtung und Einhaltung der Verfassung von der Zentrale bis zur Basis, entfaltet das Herrschaftrecht des Volkes beim Aufbau und der Verteidigung des Vaterlandes und garantiert die Stabilisierung und Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes.</p> <p><i>Die Regierung ist der Nationalversammlung verantwortlich und der Nationalversammlung, dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung und dem Staatspräsidenten rechenschaftspflichtig.</i></p>
<p>Điều 110</p> <p>Chính phủ gồm có Thủ tướng, các Phó Thủ tướng, các Bộ trưởng và các thành viên khác. Ngoài Thủ tướng, các thành viên khác của Chính phủ không nhất thiết là đại biểu Quốc hội.</p>	<p>Artikel 110</p> <p><i>Die Regierung setzt sich aus dem Ministerpräsidenten, den Stellvertretern des Ministerpräsidenten, den Ministern und anderen Mitgliedern zusammen. Außer dem Ministerpräsidenten müssen die anderen Mitglieder der Regierung nicht unbedingt Abgeordnete</i></p>

<p>Thủ tướng Chính phủ chịu trách nhiệm trước Quốc hội và báo cáo công tác với Quốc hội, Ủy ban thường vụ Quốc hội, Chủ tịch nước. Phó Thủ tướng giúp Thủ tướng làm nhiệm vụ theo sự phân công của Thủ tướng. Khi Thủ tướng vắng mặt thì một Phó Thủ tướng được Thủ tướng ủy nhiệm thay mặt lãnh đạo công tác của Chính phủ.</p>	<p><i>der Nationalversammlung sein.</i></p> <p><i>Der Ministerpräsident der Regierung ist der Nationalversammlung verantwortlich und der Nationalversammlung, dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung und dem Staatspräsidenten rechenschaftspflichtig.</i></p> <p>Der Stellvertreter unterstützen den Ministerpräsidenten bei der Erfüllung der Aufgaben auf der Grundlage der Arbeitseinteilung durch den Ministerpräsidenten. Bei Abwesenheit des Ministerpräsidenten wird ein Stellvertreter durch diesen beauftragt, in seinem Namen die Regierungsgeschäfte zu leiten.</p>
<p>Điều 114</p> <p>Thủ tướng Chính phủ có những nhiệm vụ và quyền hạn sau đây:</p> <p>1- Lãnh đạo công tác của Chính phủ, các thành viên Chính phủ, Ủy ban nhân dân các cấp; chủ tọa các phiên họp của Chính phủ;</p> <p>2- Đề nghị Quốc hội thành lập hoặc bãi bỏ các Bộ và các cơ quan ngang Bộ; trình Quốc hội và trong thời gian Quốc hội không họp, trình Ủy ban thường vụ Quốc hội phê chuẩn đề nghị về việc bổ nhiệm, miễn nhiệm, cách chức Phó Thủ tướng, Bộ trưởng, các thành viên khác của Chính phủ;</p> <p>3- Bổ nhiệm, miễn nhiệm, cách chức các Thứ trưởng và chức vụ tương</p>	<p>Artikel 114</p> <p>Der Ministerpräsident der Regierung hat folgende Aufgaben und Vollmachten:</p> <p><i>1. Die Arbeit der Regierung, der Mitglieder der Regierung, der Volkskomitees aller Ebenen zu leiten; den Vorsitz in allen Sitzungen der Regierung zu übernehmen;</i></p> <p><i>2. Der Nationalversammlung Vorschläge zur Gründung oder Auflösung von Ministerien gleichgestellter Organe zu unterbreiten; der Nationalversammlung und in der Zeit, in der diese nicht tagt, dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung Vorschläge zur Berufung, Abberufung oder Amtsenthebung von Stellvertretern des Ministerpräsidenten, Ministern und anderen Regierungsmitgliedern zu unterbreiten;</i></p>

<p>đương; phê chuẩn việc bầu cử; miễn nhiệm, điều động, cách chức Chủ tịch, các Phó Chủ tịch Ủy ban nhân dân tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương;</p> <p>4- Đình chỉ việc thi hành hoặc bãi bỏ những quyết định, chỉ thị, thông tư của Bộ trưởng, các thành viên khác của Chính phủ, quyết định, chỉ thị của Ủy ban nhân dân và Chủ tịch Ủy ban nhân dân tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương trái với Hiến pháp, luật và các văn bản của các cơ quan Nhà nước cấp trên;</p> <p>5- Đình chỉ việc thi hành những nghị quyết của Hội đồng nhân dân tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương trái với Hiến pháp, luật và các văn bản của các cơ quan Nhà nước cấp trên, đồng thời đề nghị Ủy ban thường vụ Quốc hội bãi bỏ;</p> <p>6- Thực hiện chế độ báo cáo trước nhân dân qua các phương tiện thông tin đại chúng về những vấn đề quan trọng mà Chính phủ phải giải quyết.</p>	<p>3. <i>Stellvertreter der Minister und ihnen gleichgestellte Amtsleiter zu berufen, abzu-berufen oder ihres Amtes zu entheben; Wahlen zu bestätigen; die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Volkskomitees der Provinzen und der zentral unterstellten Städte abzu-berufen, zu versetzen oder ihres Amtes zu entheben;</i></p> <p>4. <i>Entscheidungen, Anweisungen und Rundschreiben von Ministern oder anderen Regierungsgliedern sowie Entscheidungen und Anweisungen der Volkskomitees und der Vorsitzenden der Volkskomitees der Provinzen und der zentral unterstellten Städte in ihrer Durchführung außerkraftzusetzen oder aufzuheben, wenn diese gegen die Verfassung oder gegen Gesetze und Dokumente der übergeordneten Staatsorgane</i></p> <p>5. <i>Beschlüsse der Volksräte der Provinzen und der zentral unterstellten Städte, die gegen die Verfassung oder gegen Gesetze und Dokumente der übergeordneten Staatsorgane verstoßen, außer Vollzug zu setzen und dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung deren Annullierung vorzuschlagen;</i></p> <p>6. <i>Die Bevölkerung über die Massenmedien über wichtige Probleme zu informieren, die die Regierung zu lösen hat.</i></p>
<p>Điều 115</p> <p>Những vấn đề quan trọng thuộc thẩm quyền của Chính phủ phải</p>	<p>Artikel 115</p> <p><i>Alle wichtigen Probleme, die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung gehören,</i></p>

<p>được thảo luận tập thể và quyết định theo đa số.</p>	<p><i>müssen kollektiv diskutiert und durch Mehrheitsbeschluss entschieden werden.</i></p>
<p>Điều 118</p> <p>Các đơn vị hành chính của nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam được phân định như sau:</p> <p>Nước chia thành tỉnh, thành phố trực thuộc trung ương;</p> <p>Tỉnh chia thành huyện, thành phố thuộc tỉnh và thị xã; thành phố trực thuộc trung ương chia thành quận, huyện và thị xã;</p> <p>Huyện chia thành xã, thị trấn; thành phố thuộc tỉnh, thị xã chia thành phường và xã; quận chia thành phường.</p> <p>Việc thành lập Hội đồng nhân dân và Ủy ban nhân dân ở các đơn vị hành chính do luật định.</p>	<p>Artikel 118</p> <p>Die Verwaltungseinheiten der Sozialistischen Republik Vietnam werden wie folgt festgelegt:</p> <p>Das Territorium ist eingeteilt in Provinzen und zentral unterstellte Städte.</p> <p>Die Provinzen sind eingeteilt in Kreise, der Provinz unterstellte Städte und Provinzhauptstädte; die zentral unterstellten Städte in Stadtbezirke, Kreise und Provinzhauptstädte. (Im Sinne von Kreisfreien Städten bzw. Städten mit weitgehender Selbstverwaltung.</p> <p>Die Kreise sind eingeteilt in Gemeinden und Kreisstädte; die den Provinzen unterstellten Städte und Kreishauptstädte sind eingeteilt in Wohngebiete und Gemeinden; die Stadtbezirke sind in Wohngebiete eingeteilt.</p> <p>Die Bildung der Volksräte und Volkskomitees erfolgt entsprechend der vom Gesetz festgelegten Verwaltungseinheiten.</p>
<p>Điều 119</p> <p>Hội đồng nhân dân là cơ quan quyền lực Nhà nước ở địa phương, đại diện cho ý chí, nguyện vọng và quyền làm chủ của nhân dân, do nhân dân địa phương bầu ra, chịu</p>	<p>Artikel 119</p> <p><i>Die Volksräte sind das von der Bevölkerung der Region gewählte staatliche Machtorgan auf regionaler Ebene und Repräsentat des Willens, der Hoffnung und des Rechts des Volkes auf Teilnahme an der Machtausübung, sie sind der Bevölkerung des Territo-</i></p>

<p>trách nhiệm trước nhân dân địa phương và cơ quan Nhà nước cấp trên.</p>	<p><i>riums und den staatlichen Organen der übergeordneten Ebene verantwortlich.</i></p>
<p>Điều 123</p> <p>Ủy ban nhân dân do Hội đồng nhân dân bầu là cơ quan chấp hành của Hội đồng nhân dân, cơ quan hành chính Nhà nước ở địa phương, chịu trách nhiệm chấp hành Hiến pháp, luật, các văn bản của các cơ quan Nhà nước cấp trên và nghị quyết của Hội đồng nhân dân.</p>	<p>Artikel 123</p> <p><i>Die von den Volksräten gewählten Vokskomitees sind ausführendes Organ der Volksräte und staatliches Verwaltungsorgan auf regionaler Ebene; sie tragen die Verantwortung für die Verwirklichung der Verfassung, der Gesetze und Beschlüsse der staatlichen Organe der übergeordneten Ebene und der Beschlüsse der Volksräte.</i></p>
<p>Điều 126</p> <p>Toà án nhân dân và Viện kiểm sát nhân dân nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam, trong phạm vi chức năng của mình, có nhiệm vụ bảo vệ pháp chế xã hội chủ nghĩa, bảo vệ chế độ xã hội chủ nghĩa và quyền làm chủ của nhân dân, bảo vệ tài sản của Nhà nước, của tập thể, bảo vệ tính mạng, tài sản, tự do, danh dự và nhân phẩm của công dân.</p>	<p>Artikel 126</p> <p><i>Volksgericht und Staatsanwaltschaft der Sozialistischen Republik Vietnam sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Aufgaben die sozialistische Gesetzlichkeit, die sozialistische Gesellschaftsordnung, das Recht des Volkes auf Machtausübung und das staatliche und genossenschaftliche Eigentum sowie Leben, Eigentum, Freiheit, Ehre und Menschenwürde der Bürger zu schützen.</i></p>
<p>Điều 127</p> <p>Toà án nhân dân tối cao, các Toà án nhân dân địa phương, các Toà án quân sự và các Toà án khác do luật định là những cơ quan xét xử của nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam.</p>	<p>Artikel 127</p> <p><i>Das Oberste Volksgerichte, die Volksgerichte der regionalen Bereiche, die Militärgerichte und andere durch das Gesetz bestimmte Gerichte sind die Organe der Rechtsprechung der Sozialistischen Republik Vietnam.</i></p>
<p>Điều 128</p>	<p>Artikel 128</p>

<p>Nhiệm kỳ của Chánh án Toà án nhân dân tối cao theo nhiệm kỳ của Quốc hội.</p> <p>Chế độ bổ nhiệm, miễn nhiệm, cách chức và nhiệm kỳ của Thẩm phán, chế độ bầu cử và nhiệm kỳ của Hội thẩm nhân dân ở Toà án nhân dân các cấp do luật định.</p>	<p><i>Die Amtszeit des Vorsitzenden des Obersten Volksgerichts entspricht der Amtszeit der Nationalversammlung.</i></p> <p><i>Die Ordnung der Berufung, Abberufung, der Amtsenthebung imd der Amtszeit der Richter sowie der Wahl und der Amtszeit der Schöffen für die Volksgerichte folgt auf allen Ebenen den gesetzlichen Bestimmungen.</i></p>
<p>Điều 130</p> <p>Khi xét xử, Thẩm phán và Hội thẩm độc lập và chỉ tuân theo pháp luật.</p>	<p>Artikel 130</p> <p><i>Bei der Rechtsprechung sind Richter und Schöffen unabhängig; sie sind nur dem Gesetz unterworfen.</i></p>
<p>Điều 131</p> <p>Toà án nhân dân xét xử công khai, trừ trường hợp do luật định.</p> <p>Toà án nhân dân xét xử tập thể và quyết định theo đa số.</p>	<p>Artikel 131</p> <p>Das Volksgericht übt die Rechtsprechung öffentlich aus, sofern gesetzliche Bestimmungen keine andere Verfahrensweise vorschreiben.</p> <p><i>Das Volksgericht übt die Rechtsprechung im Kollektiv aus und entscheidet nach dem Mehrheitsprinzip.</i></p>
<p>Điều 132</p> <p>Quyền bào chữa của bị cáo được bảo đảm. Bị cáo có thể tự bào chữa hoặc nhờ người khác bào chữa cho mình.</p>	<p>Artikel 132</p> <p>Dem Angeklagten wird das Recht auf Verteidigung garantiert. Der Angeklagte darf sich selbst verteidigen oder eine andere Person mit seiner Verteidigung beauftragen.</p>
<p>Điều 133</p> <p>Toà án nhân dân bảo đảm cho công dân nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam thuộc các dân tộc quyền dùng tiếng nói và chữ viết của dân tộc mình trước Toà án.</p>	<p>Artikel 133</p> <p>Das Volksgericht garantiert den Bürgern der Sozialistischen Republik Vietnam, die Angehörige einer Nationalität sind, das Recht, vor Gericht die Sprache und die Schrift ihrer Nationalität zu gebrauchen.</p>

<p>Điều 135</p> <p>Chánh án Toà án nhân dân tối cao chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Quốc hội; trong thời gian Quốc hội không họp thì chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Ủy ban thường vụ Quốc hội và Chủ tịch nước.</p> <p>Chánh án Toà án nhân dân địa phương chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Hội đồng nhân dân.</p>	<p>Artikel 135</p> <p><i>Die Vorsitzende des Obersten Volksgerichts ist der Nationalversammlung für seine Tätigkeit verantwortlich und rechenschaftspflichtig. In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, ist er dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung und dem Staatspräsidenten verantwortlich und rechenschaftspflichtig.</i></p> <p><i>Die Vorsitzenden der regionalen Volksgerichte sind für ihre Tätigkeit den Volksräten verantwortlich und rechenschaftspflichtig.</i></p>
<p>Điều 137</p> <p>Viện kiểm sát nhân dân tối cao kiểm sát việc tuân theo pháp luật của các Bộ, các cơ quan ngang Bộ, các cơ quan khác thuộc Chính phủ, các cơ quan chính quyền địa phương, tổ chức kinh tế, tổ chức xã hội, đơn vị vũ trang nhân dân và công dân, thực hành quyền công tố, bảo đảm cho pháp luật được chấp hành nghiêm chỉnh và thống nhất.</p> <p>Các Viện kiểm sát nhân dân địa phương, các Viện kiểm sát quân sự kiểm sát việc tuân theo pháp luật, thực hành quyền công tố trong phạm vi trách nhiệm do luật định.</p>	<p>Artikel 137</p> <p><i>Die Generalstaatsanwaltschaft übt die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze durch die Ministerien, durch die den Ministerien gleichgestellten Organe, durch die anderen der Regierung unterstehenden Organe, durch die regionalen Machtorgane, durch wirtschaftliche Vereinigungen, gesellschaftliche Organisationen, die Einheiten der bewaffneten Volksstreitkräfte sowie durch die Bürger aus; sie nimmt das Recht der Anklage wahr und sorgt dafür, dass die Gesetze strikt und einheitlich befolgt werden.</i></p> <p><i>Die Staatsanwaltschaften im regionalen Bereich und die Militärstaatsanwaltschaften üben im Rahmen ihrer Verantwortungsbereiche die Aufsicht über die Einhaltung der Gesetze aus und nehmen das Recht der Anklage wahr.</i></p>

<p>Điều 139</p> <p>Viện trưởng Viện kiểm sát nhân dân tối cao chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Quốc hội; trong thời gian Quốc hội không họp thì chịu trách nhiệm và báo cáo công tác trước Ủy ban thường vụ Quốc hội và Chủ tịch nước.</p>	<p>Artikel 139</p> <p><i>Der Generalstaatsanwalt ist der Nationalversammlung vorantwortlich und rechenschaftspflichtig. In der Zeit, in der die Nationalversammlung nicht tagt, ist er dem Ständigen Komitee der Nationalversammlung verantwortlich und rechenschaftspflichtig.</i></p>
<p>Điều 140</p> <p>Viện trưởng các Viện kiểm sát nhân dân địa phương chịu trách nhiệm báo cáo trước Hội đồng nhân dân về tình hình thi hành pháp luật ở địa phương và trả lời chất vấn của đại biểu Hội đồng nhân dân.</p>	<p>Artikel 140</p> <p><i>Die leitenden Staatsanwälte der regionalen Staatsanwaltschaften sind den Volksräten verantwortlich und berichtspflichtig zur Situation der Einhaltung der Gesetze in der Region, und sie müssen Anfragen der Abgeordneten der Volksräte beantworten.</i></p>